

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtsbain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Elcha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pöschken, Standnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtgemeinderates zu Naunhof; es enthält die Bekanntmachungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma.

Gefeierte wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Wöchentl. M. 300000000.— ohne Illustr., Post einschl. der Postgeb., monatlich mit Schlüsselpreis. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die gespaltene Peitsche 80 Mk., amliche 160 Mk., Reklamestell (Zgsp.) 150 Mk., kleine und Familienanzeigen 50 Mk. mal Schlüsselpreis 600000. Tabell. Soh 50%, Aufschlag. Bei unbestellbar geschrieben, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Zeiträume nicht haftbar.

Druck und Verlag: Güns & Sohn, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Fremd: Auf Mausot Nr. 2

Nummer 125

Sonntag, den 21. Oktober 1923

34. Jahrgang

Amtliches.

Notgeld.

Mit Genehmigung des Reichsfinanzministeriums gibt der Bezirksverband Notgeld aus und zwar zunächst in Scheinen über 50, 100 und 500 Millionen Mark Nennwert. Die 11,5 cm langen und 7,5 cm hohen Scheine sind aus Papier hergestellt, das ein geprägtes Wasserzeichen enthält. Sie sind fortlaufend nummeriert und werden einem Monat nach öffentlichen Aufruf von der Bezirkshof zum Nennwert eingezahlt.

Grimma, am 16. Oktober 1923.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Milch- und Butterhöchstpreise.

Das Wirtschaftsministerium hat lt. Verordnung vom 15. Oktober 1923 (SdA), Staatszeitung vom 16. Oktober 1923 — Nr. 242 — mit Wirkung vom 18. Oktober 1923 ab folgende Preise festgesetzt:

Erzeuger an Wiederbeschauer: Vollmilch für das Liter 1000000 Mk., Magermilch 750000 Mk., Butter für das Pfund, 100000000 Mk., Quark 1500000 Mk., Erzeuger an Gehöft an Verbraucher: Vollmilch 115000000 M., Magermilch 4700000 Mark, Butter, Milchereien an Händler: Butter 120000000 Mark, Quark 11800000 Mk.

Für den Melkerbau von Butter und Quark ob Gehöft an Milcherei unmittelbar an die Verbraucher ist den Kuhhaltern zu den vorstehenden Preisen 5%-, den gewerblichen Milchereien 10% Zuschlag zu zahlen. Diese Ausverkaufspreise sind auf volle 500000 Mark nach oben abzurunden.

Grimma, 17. Oktober 1923.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Alleine Zeitung für eilige Leser.

* Der französische Ministerpräsident Poelancs lehnte alle durch den deutschen Geschäftsträger übermittelten Verhandlungsvorschläge der Reichsregierung ab.

* Post- und Eisenbahnbeamte im Ruhrgebiet haben in größerem Umfang die Arbeit wieder aufgenommen.

* Der Streit zwischen Militär- und Zivilgewalt in Sachsen hat sich derart zugespielt, daß sich der Militärbefehlshaber an die Reichsregierung wandte.

* Aus dem Militärgefängnis in Neukirchen wurden Reichsbahndirektor Jurn und zwei Reichsbankassistenten entlassen, die seit dem 4. August in Haft waren.

* Wie es heißt, ist die Entsendung von Reichswehrbataillonen nach Sachsen zur Sicherung der Bevölkerung geplant.

* In Berlin ist der Preis eines Brotes auf eine Milliarde festgesetzt worden.

* Das bayerische Generalstaatskonsistoriat sieht eine Anzahl unerwünschter Ausländer, besonders Russen, ausweisen.

* Wegen der Unruhen der letzten Tage hat der bayerische Inneminister über Mainz einen Ausnahmezustand verhängt.

* Ein englisches Bankenkonsortium will Deutschland einen größeren Kohlenkredit gewähren.

Im Kreis der Vernichtung.

Der Index ist eine grausame Zahl. Wenn man sich auch darüber klar sein muß, daß die Statistik, die alle die verschiedenen Indizes bearbeitet, nur ein zusammenfassendes, ein Durchschnittsbild geben kann, daß häufig genug von der Realität schon überholt ist, so sind doch schon die Zahlen, die er zeigt, grausame Wirklichkeit genug, um unseres Glücks ganze Tiefe zu zeigen. Volkswirtschaftlich verhängnisvoll ist aber, daß, wie der neueste Großhandelsindex zeigt, die Großhandelspreise schneller steigen als der Dollar. Vergleicht man den Goldstand der Großhandelsindexziffer von 1913 mit der vorletzten Großhandelsindexziffer, so beträgt diese, wenn man die von 1913 mit 100 ansetzt, schon 107 % und die letzte gar 112 %. Das ist das 1093millionensache des Friedensstandes. Ebenso ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten, also für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung gegenüber der Vorwoche auf das 692millionensache der Vorriegszeit gestiegen, und zwar — das ist das Niederschmetter — um 53,4 % gegenüber der Vorwoche, während der Dollar in dieser Zeit sich nicht auf die flinnsche Höhe erhob.

So erklären sich die Anzeichen der Verwirrung, die Plünderungen der hungrigen Massen, deren Elendsummen in keiner Weise dieser furchtbaren Steigerung folgen, einer Steigerung, deren Schnelligkeit und deren Ende in keiner Weise abzusehen sind. Wenn das Reich in diesem Augenblick auf die Kohlensteuer verzichtet, so ist die dadurch erfolgte Preiserniedrigung durch die Steigerung der Fracht ebenso wie durch die Steigerung der Lebensmittelpreise, namentlich des Brotes, mehr wie weitgemacht. Damit werden selbstverständlich auch neue Wohnförderungen mehr wie begründet erscheinen, die sich wieder als Steigerung der Produktionskosten äußern. Wir bewegen uns in einem Kreis, einem furchtbaren verhängnisvollen Kreis, einem Kreis der Vernichtung, aus dem ein Herausbrechen unmöglich erscheint.

Wie es aber doch möglich sein kann, darauf deutet jenes fast erschitternd fliegende, aber doch wahre Wort: „Das deutsche Volk verbürgert bei vollen Tischen.“ Mehr noch, das deutsche Volk kann sich nichts von den reichen Vorräten

Konfliktsgefahr in Sachsen.

Offener Bruch zwischen Militär- und Zivilgewalt.

Das im sächsischen Landtag verlesene und vom Ministerpräsidenten Dr. Seigner abgelehnte ultimative Verlangen des Generals Müller, gegen die Redewendungen des kommunalpolitischen Finanzministers Böttcher war, wie nachträglich bekannt wurde, im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichsverteidigungsminister erfolgt. Nach Mitteilung des Reichsverteidigungsministers hat Ministerpräsident Dr. Seigner gemäß seiner Ankündigung im Landtag das Ultimatum Müllers nicht beantwortet. Darauf hat der Militärbefehlshaber an ihn folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Da Sie es für gut befunden haben, mein Schreiben nicht zu beantworten, teile ich Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß ich die Gelegenheit zur weiteren Erledigung dem Herrn Reichsverteidigungsminister unterstellt habe. Mit der Sicherung der vorzüglichsten Hochachtung Müller, Generalleutnant.

Somit wird also die Reichsregierung vor schwere Entscheidungen gestellt, da gleicherzeit von sozialdemokratischer Seite der sächsischen Regierung Unterstützung kommt. Das Zentralorgan, der Vorwärts, wendet sich direkt an die sozialdemokratischen Reichsminister und schreibt u. a., daß Reich habe nichts getan, um die nedbenen Charakter der Vorgänge in Bayern abzuschwächen; dagegen solle jetzt in Sachsen mit aller Stärke vorgegangen werden. Die Möglichkeit einer Beschlagnahme sei hier immer noch gegeben. Werde aber in der bisherigen Weise fortgeschritten, so erreiche man nur, daß sich mit jedem Tage die Zahl der Sozialdemokraten vermehre, die sich fragen, wie lange noch eine mitverantwortliche Besiegung ihrer Partei an der Leitung der Reichsgeschäfte möglich sei. Der Sozialdemokratischen Partei darf nicht zugemutet werden, Dinge zu deuten, die sie durchaus nicht deuten können. Damit wird also eine erneute Krise in der Reichsregierung deutlich an die Wand gemalt.“

Ministeraufsatz zur Konferenz.

Die Dresdener Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet einen Aufruf des Arbeitsministers Graupe, des Wirtschaftsministers Heckert und des Finanzministers Böttcher, in dem diese die Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Gewerkschaften, Ortskammern und Konsumvereine Sachsen auffordern, Delegierte zu einer Konferenz in Chemnitz am Sonntag, den 21. Oktober, zu entsenden, um über Mittel und Wege zu beraten, wie die Arbeit und die Ernährung der werktätigen Massen sicherzustellen seien. Finanzminister Böttcher und Wirtschaftsminister Heckert sind zu Mitgliedern des Reichsvertretungskomitees ernannt worden. Die Ministerialräte Dr. Woelfer und Schmidt sind in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, weil beide dem Ministerpräsidenten erklärt hatten, daß sie bei der politischen Zustimmung der gegenwärtigen Regierung nicht an ein erzielbares Weiterarbeiten glauben könnten.

Sachsen und Bayern.

Entsendung von Reichswehr nach Sachsen?

Die Erklärungen des sächsischen Ministerpräsidenten im sächsischen Landtag über die sog. „Schwarze Reichswehr“ haben die Situation noch verschärft. Seiner deutete darauf hin, daß die Franzosen genau über das Verstecken einer illegalen Armee informiert seien. Sie unterhielten genug Spione, die von allem unterrichtet wären. Hunderte und Tausende von Angehörigen dieser illegalen Organisationen seien in diesen Tagen in die Reichswehr eingezogen und bewaffnet worden, in Leipzig allein gegen 1500 Mann. Die Entente willte von diesen Dingen und

laußen, die unsere Läden bergen: angewich verschickt der Kaufmann seine Ware. Nicht nur Steigerung der Produktion heißt das selbstverständliche Problem der Gegenwart; es heißt auch: Überwindung der Verteilungskrise.

Das Mittel der Verteilung aller produzierten Güter, das Instrument, mit dem diese an die Stellen des Bedarfs gebracht werden, ist das Geld. Ein Geld felsig verständlich aber nur, das für diesen Zweck geeignet, dem, um das Wild zu Tode zu hetzen, bei der Überschreitung der Produktion nach jenen Stellen der Armut auszuholen. Die Diktativen Anweisungen, die Devisen, die Goldanleihe — alle diese Erstattungen für das den Armut verlassende Papiergele sind nur kleinen Kreisen zugänglich, können nur von den mit großen Mengen arbeitenden Produzenten und Verteilern benutzt werden. Aber nicht von der großen Masse. In dem Plan der neuen Rentenbank ist die Papiergele, die als Tauschmittel eben unbrauchbar ist, wieder zum geschäftlichen Zahlungsmittel gemacht worden, und sie wird bleiben, was sie ist, das Wort, das man neulich lesen konnte, ist wahr: Das Geld der Armen, wie jene anderen Zahlungsmittel: das Geld der Reichen sind. Wenn hier nicht einschneidendere Maßnahmen getroffen werden, so wird diese

werde eine Änderung erzwingen. — Von rechts wurden diese Aufforderungen als hochverräterisch erklärt, und die Deutschnationalen verließen den Saal. Schließlich beschloß die Landtagsmehrheit, die Entfernung des Reichsverteidigungsministers Gehlert in Berlin zu fordern.

Über diese Entschlüsse, die Ministerpräsident Dr. Seigner im sächsischen Landtag gemacht hat, äußert man an Regierungsschleife schwere Bedenken. Seigners Auftreten sei nur geeignet, ausländische Interessen zu dienen, sowie denen der radikalen Linken. Im allgemeinen habe Seigner sein altes Material benötigt, das durch eine Reihe krasser Entschlüsse und Unwahrsichten an Beweiskraft nicht gewonnen habe.

Reichswehr nach Sachsen.

Beim Reichspräsidenten fand eine Besprechung über die sächsische Frage statt, an der der Reichskanzler, der Reichsverteidigungsminister Dr. Gehlert sowie der Reichsminister des Innern Sollmann teilnahmen.

Wie verlautet, soll beabsichtigt sein, in den nächsten Tagen einige Bataillone nach Westsachsen zu verlegen, um den Bewaffnungsteilen, die sich durch die dort vorgelagerten Terroristen bedroht fühlen, Sicherung zu verschaffen. Reichswehrabteilungen sollen nach Chemnitz und Plauen (Vogtland) kommen.

General v. Müller, dem Militärbefehlshaber, soll von Berlin aus mitgeteilt worden sein, daß er sich an seine bisherigen Institutionen bis auf weiteres halten soll. Das heißt: Die Auflösung der Hundertschaften soll unbedingt durchgeführt werden. Zunächst soll dieser Auftrag mit Hilfe der Landespolizei in Angriff genommen werden, wenn aber deren Kräfte nicht ausreichen, soll Reichswehr eingesetzt werden. Das Reichsverteidigungsministerium erklärt seine Verordnung über das Verbot der Hundertschaften dahin, daß Organisationen, Kompanien und Sturmgruppen aller politischen Richtungen unter das Verbot fallen.

Bleibt General v. Lossow in München?

Einige Zeitungen wußten zu melden, daß der bayerische Militärbefehlshaber v. Lossow abberufen werden soll, weil er das Verbot des „Bayerischen Beobachters“ durch die Reichsbehörden gegenüber der gegenständigen Ausgabe der bayrischen Stellen nicht durchgesetzt habe. Amtlich wird aus München dazu mitgeteilt, daß in dieser Sache „irgend etwas Neues“ nicht geschehen sei. Auch Lossow selbst wisse angeblich nichts von Schritten der Reichsregierung. Wahr sei nur, daß ihm ein Schreiben zugesandt wurde, daß sein Verhalten rügig und aus dem er hätte die Konsequenzen ziehen können.

Die Münchener Zeitung weiß dazu zu berichten, daß der Reichsverteidigungsminister die Nachricht von der Abberufung Lossows einem bayrischen General persönlich mitgeteilt habe. Am wohlinformierten Stelle wird gefragt, daß die Maßregelung Lossows die übliche Wirkung auf die öffentliche Ruhe in Bayern ausüben würde, und daß sein Ereignis seit vielen Jahren eine solche Belastungsprobe des Verhältnisses zwischen Bayern und Reich dargestellt hätte. Es würde zu Konflikten kommen. Die bayrische Antwort könne nur die Forderung des Rücktritts Gehlerts sein.

Keine Beziehungen zwischen Sachsen und Bayern?

Die bayerische Regierung hat die Nachricht von der Abberufung Lossows einem bayrischen General persönlich mitgeteilt. Am wohlinformierten Stelle wird gefragt, daß die Maßregelung Lossows die übliche Wirkung auf die öffentliche Ruhe in Bayern ausüben würde, und daß sein Ereignis seit vielen Jahren eine solche Belastungsprobe des Verhältnisses zwischen Bayern und Reich dargestellt hätte. Es würde zu Konflikten kommen. Die bayrische Antwort könne nur die Forderung des Rücktritts Gehlerts sein.

Keine Beziehungen zwischen Sachsen und Bayern.

Die bayerische Regierung hat die Nachricht von der Abberufung Lossows einem bayrischen General persönlich mitgeteilt. Am wohlinformierten Stelle wird gefragt, daß die Maßregelung Lossows die übliche Wirkung auf die öffentliche Ruhe in Bayern ausüben würde, und daß sein Ereignis seit vielen Jahren eine solche Belastungsprobe des Verhältnisses zwischen Bayern und Reich dargestellt hätte. Es würde zu Konflikten kommen. Die bayrische Antwort könne nur die Forderung des Rücktritts Gehlerts sein.

Die Erklärungen des sächsischen Ministerpräsidenten im sächsischen Landtag über die sog. „Schwarze Reichswehr“ haben die Situation noch verschärft. Seiner deutete darauf hin, daß die Franzosen genau über das Verstecken einer illegalen Armee informiert seien. Sie unterhielten genug Spione, die von allem unterrichtet wären. Hunderte und Tausende von Angehörigen dieser illegalen Organisationen seien in diesen Tagen in die Reichswehr eingezogen und bewaffnet worden, in Leipzig allein gegen 1500 Mann. Die Entente willte von diesen Dingen und

laußen, die unsere Läden bergen: angewich verschickt der Kaufmann seine Ware. Nicht nur Steigerung der Produktion heißt das selbstverständliche Problem der Gegenwart; es heißt auch: Überwindung der Verteilungskrise.

Das Mittel der Verteilung aller produzierten Güter, das Instrument, mit dem diese an die Stellen des Bedarfs gebracht werden, ist das Geld. Ein Geld felsig verständlich aber nur, das für diesen Zweck geeignet, dem, um das Wild zu Tode zu hetzen, bei der Überschreitung der Produktion nach jenen Stellen der Armut auszuholen. Die Diktativen Anweisungen, die Devisen, die Goldanleihe — alle diese Erstattungen für das den Armut verlassende Papiergele sind nur kleinen Kreisen zugänglich, können nur von den mit großen Mengen arbeitenden Produzenten und Verteilern benutzt werden. Aber nicht von der großen Masse. In dem Plan der neuen Rentenbank ist die Papiergele, die als Tauschmittel eben unbrauchbar ist, wieder zum geschäftlichen Zahlungsmittel gemacht worden, und sie wird bleiben, was sie ist, das Wort, das man neulich lesen konnte, ist wahr: Das Geld der Armen, wie jene anderen Zahlungsmittel: das Geld der Reichen sind. Wenn hier nicht einschneidendere Maßnahmen getroffen werden, so wird diese

reform nicht einschneidend genug ist, um die Unterdeule der Papiergele vom Leibe der deutschen Wirtschaft zu befreien.

Im Wirtschaftsleben, gleichgültig, ob es die Großen oder die Kleinen betrifft, ist das wichtigste die Gleichsetzung von Leistung und Gegenleistung. Diese selbstverständliche Forderung wird aber nicht erfüllt, wenn der Wert der Gegenleistung unter den Händen schwindet, und zwar unter den Händen der Kleinen. Jeder weiß, welch armes Volk wir geworden sind; aber wenn die sozialen Kämpfe der Gegenwart noch verschärft werden, dadurch, daß den sozial Schwächeren das Wenige, das sie haben, durch die betrügerische Papiergele auch noch genommen wird, während die sozial und wirtschaftlich Stärkeren sich für die Erhaltung der Gegenleistung dieser Papiergele nicht bedienen, so bedeutet das eine fiktive Gefahr für den Staat selbst. Denn der moderne Staat hat die Pflicht, gerade den sozial-wirtschaftlich Schwächeren nicht vor den Gefahren, vor der Schwere der Gegenwart zu beschützen, wohl aber vor den Ungerechtigkeiten. Tut er das nicht, so verliert er das Recht zu seiner Existenz. Darum ist es fiktive Pflicht des Staates, die Ungerechtigkeit, die sich in der Verteilungskrise äußert, mit einschneidendsten Maßnahmen zu überwinden, die aufreizenden Ungerechtigkeiten auszugleichen, weil er sich andernfalls sonst das eigene Grab gräbt.

Vorläufig ist mit der Währungsreform nach dieser

Nichtung bin nur ein erster, reichlich zögernder Schritt getan. Hier muß energisch vorwärts marschiert werden, sonst ist das Kampf aller gegen alle und damit das Ende des Staates nicht mehr aufzuhalten.

Dr. Pr.

Poincarés erneute Ablehnung.

Die deutschen Erklärungen „gleichgültig“.

Um keinen Punkt weiter — das ist der Eindruck, den die Welt aus den nunmehr vorliegenden Mitteilungen über die Unterhaltung zwischen dem deutschen Geschäftsträger Hoesch in Paris und dem französischen Ministerpräsidenten gewinnen muß. Poincaré verharrt starr und engstirnig bei der Ablehnung jedes Verständigungsversuches. Mag nicht allein Deutschland, mag Europa zugrunde gehen, mag die ganze Welt zusammenbrechen — Herr Poincaré erklärt mit wegwerfender Handbewegung: „Mir ist das gleichgültig!“

Was Hoesch vortrug.

Da der französische Ministerpräsident bei der früheren Verhandlung die vorgebrachten Verhandlungen mit der Regierung abgelehnt hatte, daß er die Aufgabe des passiven Widerstandes und ihre Modalitäten nicht mit der deutschen Regierung erörtern könne, wies der Geschäftsträger darauf hin, daß die deutsche Absicht nicht dahin gehe, über die Aufgabe des Widerstandes, die für uns eine volljogene Tatsache sei, sondern darüber zu verhandeln, wie nach der Aufgabe des Widerstandes die Wiederaufnahme von Arbeit und Produktion im besetzten Gebiet am zweckmäßigsten und schnellsten zu bewerkstelligen sei, und wie insbesondere die Wiederaufnahme von Kohlen- und Kohlfieberungen an Frankreich und Belgien ermöglicht werden könne. Die Reichsregierung sei bereit, auch lokale Verhandlungen zu fördern. Der Geschäftsträger wies mit Nachdruck darauf hin, daß die bisherige Methode der Verhandlungen zu einer völligen Zersetzung, Ratsellosigkeit und Unfähigkeit im besetzten Gebiet geführt habe.

Als wichtigsten Punkt der von Regierung zu Regierung zu verhandelnden Fragen hat der Geschäftsträger die Frage der Kohlen- und Kohlfieberungen an Frankreich und Belgien hingestellt. Deutschland sei gegenwärtig schlechterdings außerstande, die Finanzierung vorzunehmen. Nachdem die Unterstützungszahlungen des Reiches eingestellt worden seien, würden sich die Verhältnisse im Ruhrgebiet binnen kürzester Zeit dahin gupfen, daß 550 000 Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen dem Verhungern gegenüberstünden, und daß dazu noch Millionen Arbeiter und Angestellte anderer Industrien kämen, deren Beschäftigung vollständig von dem regulären Betrieb der Kohlenzechen abhänge.

Nach Ansicht der deutschen Regierung müßten die notwendigen Verhandlungen mit allen beteiligten Alliierten stattfinden. Die Reichsregierung halte es für richtig, sich selbst mit der Reparationskommission in Verbindung zu setzen.

Völlig gleichgültig.

Der französische Ministerpräsident lehnte die Aufnahme von Regierungserhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet категорisch ab. Er hat erklärt, daß ihm die von der Reichsregierung und den Länderregierungen den Beamten und Industriellen des besetzten Gebiets erzielten Beleidigungen gleichgültig seien, und daß es für ihn nur auf Tatsachen ankomme. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Sachleistungen könne er nicht annehmen; er müsse sie im Gegenteil als ein Element des Widerstandes bezeichnen. Auf welche Weise die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachleistungen fertigbrächte, sei ihm ebenfalls völlig gleichgültig.

Die Erörterung etwaiger deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er solange nicht zulassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos ausgegeben worden sei.

Und so steht alles wie vorher. Nein, schlimer durch die verborgte Brutalität dieses Mannes, in dessen engem Gehirn kein Platz ist für den Gedanken an ein Damaskus, das auch über ihn kommen kann und kommen muß.

Noch eine deutsche Note.

Erklärungen Dr. Stresemanns.

Reichskanzler Dr. Stresemann hat in einer Unterredung mit dem Vertreter der Londoner „Daily News“ erklärt, die deutsche Regierung stecke mit allen Mitteln, die ihrer Macht liegen, daran, der finanziellen und politischen Schwierigkeiten im Innern Herr zu werden. Dies könne ihr jedoch nur gelingen, wenn sie eine Periode der Ruhe hinsichtlich der auswärtigen Politik erhalte. Die Wiederherstellung Deutschlands wäre ein europäisches Problem, das das größte Interesse für England haben müsse. Es sei für den Augenblick seineswegs so aus, als ob die Aera des Völkerbundes eine Herrschaft des Reiches und der Gerechtigkeit angekündigt habe. Deutschland wäre von dem Völkerbund schwer entlastet worden. Der augenblickliche Geist des Völkerbundes spiegelt die internationale Atmosphäre wieder; es sei der Geist der Mächte, die seine Politik bestimmen. Zum Schluss habe der Reichskanzler gestätigt, daß Deutschland daran sei, eine neue Note an die Reparationskommission zu senden, habe es jedoch abgelehnt, ihren Inhalt zu erörtern.

Stinnes' erfolglose Verhandlungen.

Stilllegung der Aufrückerchen?

Nach Mitteilungen französischer Blätter hat Hugo Stinnes in Begleitung der Industriellen Möckner und Vogler in Düsseldorf Dienstag längere Zeit mit den französischen Stellen verhandelt.

Zu Beginn der Unterhaltung (so berichtet der „Petit Parisien“) wußte Stinnes auf die Erklärungen Stresemanns an, der ausgeführt habe, das Reich sei augenblicklich nicht in der Lage, den Grubenbesitzern die Lieferungen, die sie der Entente für Reparationen leisten würden, zu bezahlen. Infolgedessen könnten die Grubenbesitzer die Lieferungen nicht wieder aufnehmen. Die französischen und belgischen Vertreter erklärten, daß sie aber bereits mit einigen Grubenbesitzern des Ruhrgebietes Abkommen geschlossen hätten. Franzosen und Belgier fragten Stinnes, ob die Gruben, die er vertrete, bereit seien, diesem Willen zu folgen. Stinnes habe darauf mit Nein geantwortet und erklärt, solange nicht die Zahlung gesichert sei, könne nicht daran gedacht werden, die Lieferungen wieder aufzunehmen.

Nach einer etwas fragwürdigen Meldung hätten die Beauftragten der deutschen Regierung erklärt, sie könnten ohne Beihilfe die Löhne der Bergarbeiter nicht mehr zahlen und müßten die Gruben stilllegen.

Englischer Kohlenkredit für Deutschland

Für mehrere Millionen Pfund Sterling.

Dem Londoner Blatt „Evening Standard“ zufolge sollen nach Deutschland Kohlenkredite in Höhe von mehreren Millionen Pfund Sterling gegeben werden, um

Deutschland zu entlasten, über die Wintermonate hinwegzulommen. Diese Kredite seien von einem starken Konsortium von Londoner Banken zum Teil zwecks Verminderung der Arbeitslosigkeit in England gegeben worden.

Wenn die für den Kredit zu beschaffenden englischen Kohlen nicht wesentlich billiger werden als die über Dollar kursierenden deutschen Kohlen, werden sie nicht viel helfen können. Denn zuzeit ist trotz des herannahenden Winters der deutsche Konsum nicht in der Lage, die vorhandenen Kohlen abzunehmen. Die Lager sind überfüllt, und auf den Gruben werden Feierlichkeiten eingeleget.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Internationale Hilfe für deutsche Kinder.

Die Geschäftsführung der Internationalen Arbeiterhilfe hat beschlossen, eine Hilfsaktion zugunsten der in Deutschland nothleidenden Arbeitnehmer, Arbeitervrouwen, arbeitslosen Arbeiter, Sozial- und Kleinrentner einzuleiten. Es sind Aufträge der Zentrale in England, Frankreich, Skandinavien, der Schweiz und in anderen Ländern erschienen. Die Internationale Arbeiterhilfe hat beschlossen, entweder allein oder in Gemeinschaft mit verwandten Organisationen in Berlin und anderen besonders von der Not betroffenen Städten Kinderheime und Speisewässer für erwerbstätige Arbeiter und Arbeitnehmer einzurichten. In Berlin sollen bereits am 25. d. M. die ersten Plakette angegeben werden. Nach Sachsen sollen 2000 Tonnen Roggen gehen.

Geheimrat Dahl über die große Koalition.

In einer Versammlung der Deutschen Volksp. in München sprach Reichsbergsabg. Geheimrat Dahl über die gegenwärtige politische Lage und erklärte, daß nach dem Rücktritt des Reichskanzlers Cuno die einzige denkbare Lösung die Bildung der Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie gewesen sei. Der Gedanke der Bildung einer ausschließlich bürgerlichen Regierung ohne ausgesprochenen parteilichen Charakter hätte infolge der Haltung der Deutschen Nationalen Volkspartei scheitern müssen.

Kampferklärung der Regierung Thüringens.

Die neue sozialistisch-kommunistische Staatsregierung Thüringens gab im Landtag eine Erklärung ab, in der gesagt wird, die Regierung Thüringens sei eine Reaktion der republikanischen Verteidigung, und ihr Ziel die Abwehr der faschistischen Gefahr, die die Tötigkeit und sogar das Leben der arbeitenden Massen bedrohe. Sie sei eine Regierung des Kampfes gegen die Körderung; Nieder mit dem Marxismus! Der im Reich eifährt Anehmegang nicht sich in seinem eigentlichen Sinn gegen die werktätige Bevölkerung und besonders gegen die ungeliebten Staaten Mitteldeutschlands. Zu erster Linie seien die Erholung des Reiches und gegenüber den Bestrebungen nach großkapitalistischer Diktatur die Errichtung eines Gesellschafts für eine Arbeiterregierung in Deutschland.

Gesetz mit Kommunisten.

In Halle (Holstein) kam es infolge der Verhaftung des Führers der Kommunisten zu Unruhen. Zwei mit Karabinern bewaffnete Truppen drangen in die innere Stadt ein und forderten die Freilassung des Führers. Das Gefängnis wurde belagert und heftig beschossen. Die Beamten erwirkten das Feuer aus dem Gebäude heraus. Nach dem Eintreffen von Schuppolizei erlosch das Feuer. Mehrere Verhaftungen erfolgten.

Verhandelt Etwa weiter?

Der diplomatische Mitarbeiter des „New York Herald“ in Paris glaubt zu wissen, daß Stinnes, trotz seines Misserfolges in Düsseldorf, die Aussprache mit den Besatzungsbehörden in der kommenden Woche fortfahren werde. Zurzeit soll Stinnes mit den Berliner Stellen über die Angelegenheit Besprechungen abhalten. Aus Berlin wird von angeblich untreue Seite behauptet, die Pariser Nachricht entbehre nicht der Glaubwürdigkeit.

Einigung über das Arbeitszeitgesetz.

Die Sachverständigenkommission der Koalitionsparlamente im Reichstage hat ihre Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz zum Abschluß gebracht. In allen wesentlichen Punkten ist eine Einigung erzielt worden. Es wird voraussichtlich bestimmt werden, daß unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Alttages und unter Tagessatz im Bergbau und in den besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben eine Arbeit bis zu acht Stunden und in den übrigen Betrieben Überstunden bis zu neun oder zehn Stunden zugelassen werden. Ausnahmen für Frauen, Jugendliche und Kinder sollen nicht zugelassen werden. Wo längere Arbeitszeit zulässig ist, muß sie durch tarifliche Vereinbarung, eventuell auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens oder lehntanzfähig durch den Arbeitsminister angeordnet werden. Voraussichtlich wird die Vorlage am nächsten Mittwoch im Reichstage beraten werden.

Gesetz über werbeständige Hypotheken.

Wie eine Berliner Korrespondenz erfährt, steht ein dem Reichsrat vorliegender Entwurf zur Durchführung des Gesetzes über werbeständige Hypotheken bevor, das als Maßstab einer werbeständigen Hypothek der an einer deutschen Börse amtlich festgelegte Kurswert des nordamerikanischen Dollars für den Fall zugelassen wird, wenn die Hypothek zur Sicherung einer Anleihe dient, für deren Vergünstigung und Regelung das Reich oder ein Land die Bürgschaft übernommen hat.

Sozialdemokratisch-kommunistische Verhandlungen.

In den letzten Tagen haben Verhandlungen zwischen Vertretern der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei über ein gemeinsames Vorgehen in politischen und gewerkschaftlichen Fragen stattgefunden. Diese Besprechungen haben bis jetzt zu einem Resultat nicht geführt. Von beiden Seiten wurden die vorläufigen Einigungsvorschläge für unannehmbar erklärt. Neue Pläne werden ausgearbeitet.

Plan einer sächsischen Anleihe.

Die sächsische Regierung hat beschlossen, dem Landtag den Entwurf eines neuen Anleihegesetzes zugehen zu lassen, das eine Erhöhung der sundierten und der schwedischen Schulden des Staates vorsieht. Die Mittel sollen zum wesentlichen zum weiteren Ausbau der werbenden Anlagen des Staates verwendet werden. Die sächsischen Banken haben in diesen Tagen die Übernahme einer Anleihe abgelehnt.

Aus In- und Ausland.

Dresden. Am Norden ist der kommunistische Schriftsteller Kühl auf Betantrag des Wehrkreiskommandos 4 festgenommen und dem Polizeipräsidium in Dresden zugeschickt worden.

München. Der aus der Haft entlassene Rohrbach wird bei der Feier der Rohrbach-Abteilung München und des Deutschen Kampfbundes im Löwenbräu mit einer Rede vor seine Anhänger treten; auch Hitler wird dort sprechen.

Paris. Die Liga für Menschenrechte hat einen Protest gegen die Sonntagsrede des Präsidenten der Republik erlassen. In diesem Protest wird die Rede als eine Ausdehnung eines persönlichen Regimes bezeichnet.

Paris. Die griechische Kabinettkrise ist beendet. Die Regierung Komitas bleibt am Ruder.

Petersburg. Die Neuwahl zum Petersburger Sovjet haben begonnen. Am ersten Tag wurden 171 Kommunisten und 9 Parteilose gewählt.

Rom. Der Papst hat den Kardinälerbischofs von Köln und Breslau je 150 000 Lire zur Verteilung an die Bedürftigen der Diözesen übertragen.

Manila. Ein geborener griff die Sonntagschule auf der Insel Mindanao an und tötete drei Lehrer, einen Leutnant, einen Sergeant und acht Gendarmen. Zur Bestrafung der Ordnung wurden amerikanische Truppen angefordert.

Lebenshaltungskosten riesig gesteigert.

Um 534,2 % gegen die Vorwoche.

Die Reichsbinderziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) sieht sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den 15. Oktober auf das 1093millionensache des Vorjahrszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (109,1 Millionen) beträgt demnach 534,2 %.

Im Anfang September war die Indexziffer noch 1 183 434, am 10. September 5 051 046, am 17. September 14 244 900, am 24. September 28 Millionen, am 1. Oktober 40 400 000, am 8. Oktober 109 100 000. Am 15. Oktober sprang die Zahl auf 691 900 000.

Die Teuerung im Großhandel.

Der Stand der Großhandelspreise hat sich in der Zeit vom 9. bis 16. Oktober nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts um 255,4 % auf das 1093millionensache des Friedensstandes gehoben. Von den Hauptgruppen stiegen die Einfuhrwaren um 285,2 % auf das 1 525millionensache, die Inlandswaren um 247,3 % auf das 1 006millionensache und ferner die Lebensmittel (im Großhandel) um 251,6 % auf das 838millionensache und die Industriekosten um 192,7 % auf das 1 570millionensache des Friedensstandes.

Ermäßigung der Lohnsteuer.

Für die vierte Oktoberwoche.

Bei der Berechnung des Steuerabzuges von dem in der Zeit vom 21. bis 27. Oktober fällig gewordenen und gezahlten Arbeitsschein sind die Ermäßigungen der zweiten Septemberhälfte mit 210% zu verdoppeln. Es ergeben sich, da diese Zahl für die Zeit vom 14. bis 20. Oktober 32 ist, für die laufende und die folgende Woche folgende

Wochenermäßigungen			
für die Zeit	für die zweite Septemberhälfte	für jeden Montag	für die Berichtswoche
16. bis 30. 9. 1923	172 800	1 152 000	1 440 000
(Grundzahl)			
14. bis 20. 10. 23	5 529 600	36 261 000	46 080 000
(210fach)			
21. bis 27. 10. 23	36 288 000	241 920 000	302 400 000
(210fach)			

Der im Wege des Steuerabzuges einzuhaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle hunderttausend Mark nach unten abzurunden.

Keine freien Mieten in Geschäftshäusern

Aushebung des preußischen Gesetzes vom August.

Dem preußischen Staatsrat lag in seiner letzten Sitzung eine Anordnung vom Wohlsahrtsminister vor, wonach die im August verfügte Befreiung der Industrie- und Gewerbebehörden von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes mit dem 1. November wieder aufgehoben werden soll. Dagegen sollen die Vermieter berechtigt sein, für Räume, die zu gewerblichen Zwecken benutzt werden, einen weiteren Zuschlag bis zu 30 % des Zuschlags für die laufenden Instandhaltungsarbeiten zu erheben.

Der Staatsrat beschloß, mit Rücksicht auf die Verhältnisse, die sich aus der neuen Regelung ergeben können, die Regierung zu empfehlen, die beständige Änderung bis zum Dezember zu vertragen. Sollte die Anordnung trotzdem erlassen werden, so erachtet der Staatsrat von der Aushebung der freien Miete in den Geschäftshäusern abzusehen und den von den Vermietern zu erhebenden Zuschlag auf 75 % des Zuschlags für Betriebskosten und laufende Instandhaltungsarbeiten festzusetzen.

Löhne und Gehälter im Zeitungsgewerbe

Ein zusammenhängender Berichtswert.

Berlin, 19. Oktober.

Gegen die Lohnfestsetzung für Buchdruckerhelfer durch das Zentralschiffamt, die soeben erfolgte, haben die Arbeitgeber Widerstreich erhoben. Und zwar mit der Begründung, daß bei solchen Lohnausgaben und den in gleichem Verhältnis oder noch stärker wachsenden sonstigen Unterkosten die Betriebe unbedingt zusammenbrechen müssten.

Das Zentralschiffamt hielt eine von dem Abkommen, das die Tarifpartie am 12. Oktober für die laufende Woche getroffen hat, abweichende Regelung der Gehaltstermine für geboten und für rechtlich zulässig. Es erging folgende Entscheidung: Der Nettolohn für die Woche vom 13. bis 19. Oktober ist möglichst am Sonnabend, spätestens am Montag, den 2

Nobach wird
und des Deut-
Rebe vor seine
gen.

einen Protes-
Republik erlassen.
undgebung eines
hebet. Die Re-
bürger Sovjet
kommunisten und
schen von Köln
in die Bedarfs-
gleichen Zweck

ngsschule auf der
einen Leutnant,
er Herstellung der
esfordert.

gessteigert.

schaltungskosten
ung und Belie-
Statistischen
Millionensache
über der Vor-
34,2 %.

beziffer noch
17. September
am 1. Oktober
m 15. Oktober

sich in der Zeit
en des Staats-
Millionensache
Hauptgruppen
dass 1525 mil-
auf das 1000-
el (im Groß-
sache und die
sionensache des

teuer.

oche.

8 von dem in
wordenen und
en der zweiten
Es ergeben
20. Oktober 32
Poche folgende

für Bebauungs-
flächen
1 440 000

46 080 000

302 400 000

beholsende Be-
end Markt nach

stshäusern

in August.

leichten Sitzung
vor, wonach die
und Ge-
Reichsmiet-
aufgeholen
berechtigt sein
en zu werden,
des Aufzugs
u erheben.

f die Verwic-
geben können,
die Änderung
sollte die An-
der Staatstrat
en Geschäft-
zu erheben
Betriebskosten
egen.

Sgewerbe

zweig.
19. Oktober.

ergab es
ge, haben die
it den Begrün-
gleichem Ver-
losten die Be-

dem Abkom-
ir die laufende
Baublattes-
erging folgende
13. bis 19. Ok-
Montag, den
gen Zohnes ist
am Mittwoch,
n der Woche
Mark in der
Anlegerinnen
40 Milliarden

ellten wu-
erfahrt. Sie
Oktobertwoche
wo 27% Mil-
schaft auf das
normiert
100 von der
et sich erheben.
er kommenden
Arbeitsgeber
ten stehen, so
bezu und Un-

Zeitgemäße Betrachtungen.

(Nachdruck verboten.)

Herbstliches.

Wie schnell die Tage schwinden! — Gehommen ist des Herbstes Zeit — und welche Wüste länden — uns wieder die Vergangenheit — schon jetzt sinkt der Dämmerchein, — der Landmann holt vom Gelde — die leise Erwartung derein — und macht sie noch zu Gelde. — Ob auch in Schen' und Schöber — der Erntefest ruht, — der heurige Oktober — meint es mit uns noch gar nicht gut, — der Dollar strengt sich weiter an, — das Brot uns zu verheißen, — so daß man weiter darben kann — trotz der gefüllten Schenken! — Zuviel wird zum Milliardär manch einer, der es nie gebraucht, doch Eind und Milie — bat dieser Reichstum uns gebraucht, — kaum reicht pro Stunde die Million — zur überraschenden Erneuerung — und voller Schamkeit harrt man schon — der weitausläufigen Währung! — Vom Gold sind wir verlossen, — die Not in vielerlei Gestalt — begann längst Fuß zu fassen — und nun mißt uns noch den leichten Halt, — doch der um meiste uns bedroht — wohl von den Nöten allen; — am Schlimmsten ist die Geistesnot, — woh, daß wir ihr verlassen! — Die Zeit der Zeugungswelle — ist jedem Idealismus fremd, — der Zug ins Material — hat jeden höhern Flug gestoppt, — der Geistesheld moet beitragen — wenn die Genieher prahlen, — für ihn bleibt nicht der Sprung besteh'n: — Leben und leben lassen! — Im Wirkmaß dieser Zeiten — ist mir uns eine starke Hand, — die fest uns kann geleisten — vom schwachen Ausrus zum sternen Stand, — deut muß der Führer nicht allein — den kleinen Wünen haben, — er muß auch ausgeschossen seien — mit kleinen Geistesgaben. — Wir brauchen wieder Taten — statt all dem leeren Wortgeschwätz, — drum wurde durchqueren — jetzt das Erwähnungsgesetz, — längst heißt es: Einmal mehr geschissen, — kann so geht es nicht weiter, — wird nun der Auftzug vor sich gehn? — Wir hoffen es! Ernst Heller.

Sächsische und Volksleute Mitteilungen.

Naunhof, den 20. Oktober 1923.

Merkblatt für den 20. Oktober.

Kommunalgang 8th | Mondaugang 8th R.
Kommununtergang 4th | Monduntergang 1th R.

1898 Geograph Karl Andree geb. — 1892 Fortschritts-
reisender Emil Balda in Arzila ermordet. — 1904 Orientalist
Emil Schlagintweit gest. — 1909 Italienischer Mediziner
Giovanni Lombroso gest.

Sterbende Gesellschaft.

Der bekannte Heimatchriftsteller Ferdinand Jaech schreibt hierüber in den von ihm herausgegebenen herzigen und gemütlichen Heimatblättern, der „Niederdeutschen Rundschau“:

„Ohne Zweifel verschwindet Süßlich um Süßlich der guten deutschen Gesellschaft. Die Kunst der D. feinfühllichkeit verschlägt. Um Theaters- und Konzertbesuch werden sehr viele im kommenden Winter nicht mehr denken können. Das gute Buch, dieser liebe Freund des Feierabends, wird unerschwinglich. Das Vereinswesen verklumpt in eisiger Weise. Mehr und mehr sinken wir in eine trübe, geslubende Einsamkeit hinein, wo wir doch gerade mutige Ausrichtung, feinfühlige Ablenkung und gesunden Abstand vom Alltag gebrauchen. Dazu kommt, daß das gegenseitige Beuchen, ja sogar das liebe Briefschreiben ausfällt und abfällt. Wir werden einsam in der Menschenwölfe, wenn wir uns nicht wieder zusammenfinden zueinander-schauen, reinen Feierabendstunden, die so unendlich viel heilsame Kraft hineinbringen können in unser armes Leben. Aber wo ist der Weg? Die schlichte Form der Gesellschaft erfordert Opfer. Und doch: wir dürfen nicht ganz verzanken in Neigung und Trübsal! Nur gerade nicht! Wir wollen doch denken, daß wir heilsame Spannkraft gebrauchen, doppelt in den Jahren, die nun dunkel und ungewiß vor uns liegen.“

„So laßt uns denn versuchen, das edle Gut der winterlichen Geselligkeit zu retten, so viel wir können. Nicht die Modeschau und die Absätze der genannten guten alten Zeit sind tot. Das Licht und die Wärme der Stube leihen mit lieben Milbenjungen — das wird schon viel sein in den kommenden Monaten. Und unser Bücherbrett steht voll von seinen Helden! Unsere Jugend kann Völklieder singen, Brechbogen spielen. Wir wollen doch auch einmal eine Stunde haben, wo wir nicht von den verrückten Preisen, von der leidigen Politik hören. Salz und Brot des Geistes lassen wir uns nicht nehmen. Nun erst recht nicht! Und wer weiß: vielleicht erblüht gerade aus dieser einfachen Gesellschaft die Ironik, die wir bisher so oft vermisse mächtig im Verein mit anderen.“

„Wir haben noch ein Recht auf das Leben. Wir müssen nur die Fackel der Freiheit im Lande verlöschen, müssen den Kopf in den Nacken werfen, das Schicksal unseres Volkes gemeinsam tragen mit Stolz und Kreuz, und bei allem, was der kleinen Freuden nicht wegwerfen. Und dieser kleinen Freuden gräßt ist die lebhafte deutsche Gesellschaft. Um Baume unseres Lebens verdrorrt ein Blatt nach dem anderen. Laßt uns dann wenigstens die Wurzel halten, damit wir Sost und Straß verholen und unsere Arme ins Licht richten können, wenn die Sonne wieder über Deutschland aufgeht. . . .“

„Der Goldumrechnungsbilanz für die Reichssteuer ist für die Zeit vom Sornabend, den 20. 10. bis mit Dienstag den 23. 10. 1923 auf 936 000 000 (sechsstell.). Kostenabschluß beim Finanzamt läßt sich 12 Uhr.“

„Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Erhöhungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, beträgt für die Zeit vom 14. bis zum 20. Oktober 1923 „32“. Nach der Entwicklung des in dieser Woche veröffentlichten Lebenshaltungsindex gegenüber dem nach der Verordnung vom 27. September 1922 zu Grunde zu legenden Index der zweiten Septemberwoche würde sich an sich eine niedrigere Verhältniszahl ergeben haben.“

„Es hat sich jedoch herausgestellt, daß bei einer starkeren Anlehnung der Erhöhungen an das Verhältnis zwischen dem letzten Lebenshaltungsindex und des in der zweiten Septemberwoche festgestellten Lebenshaltungsindex eine zu hohe steuerliche Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger eintreten würde. Daher ist die Verhältniszahl abweichend von den Bestimmungen der Verordnung vom 27. September 1923 für die kommende Kalenderwoche festgesetzt worden und zwar so, daß bei dem Vergleich mit dem jetzigen Lebenshaltungsindex, also von dem Index der zweiten Kalenderwoche des Monats September von dem Mittel zwischen diesem Index und dem der ersten Septemberwoche ausgegangen worden ist (also statt von 5 051 046 von 3 448 153). Danach beträgt die Verhältniszahl 32.“

„Unterstellung von Sozialrentnern. Für die zweite Oktoberhälfte ist, wie das Sozialministerium mitteilt, die Reichsratszahl vom 11. Oktober (109,1 Millionen)

maßgebend. Bei fortwährender Teuerung wird eine weitere Zahlung mit neuer Reichsratszahl angeordnet werden. Reichsmittel seien unterwegs.“

„Milliardenspende. Durch die Vermittlung der schwedischen Verschönerin Annie Wall in dem Bunde der Kinderreichen, Landesverband Sachsen, seitens des Schwedischen Roten Kreuzes eine Spende von 200 Milliarden zugewiesen, die zur Rettung dringender Not verwendet werden wird.“

„Nachdem der Bedarf an Mauersteinen für die beauftragten Wohnungsbauten dieses Jahres gedeckt und der Sommerbetrieb der Ziegelerne beendet ist, sieht das Ministerium des Innern — Landeswohnungsamt — im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium von der Festsetzung von Höchstpreisen für Mauersteine bis auf weiteres ab. Die derzeit gültigen Höchstpreise treten mit dem 15. Oktober außer Kraft.“

„Merchau. Die „Nachrichten für Merchau und Trebbin“ schreiben: Ein unerhörter Vorgang spielt sich in den späten Abendstunden des Freitag vor einem Lokal in der Wurzener Straße ab. Als mehrere junge Leute das Lokal verließen, stellte sich ihnen ein Trupp radikalloser Elemente entgegen und nahm eine Durchsuchung wahrscheinlich auf Waffen oder dergl. vor. Obwohl das Ergebnis ihres Dienstes unbekannt, schloss sie die jungen Leute mit Gußflaschen und Gummiknüppeln ins Gefängnis. Dann zogen sie vor die Turnhalle und wiederholten die Überfälle auf aus der Halle kommende junge Leute. So weit ist es also auch schon in unserem Land so friedlichen Städten gekommen, daß der Bürger nicht mehr seines Lebens sicher abends auf der Straße sich leben lassen kann. Wie wir hören, handelt es sich um meist auswärtiges Rowdies, aber auch blosse sollen beobachtet worden sein. Wo bleibt da der Schuh des Büros? Unsere Polizei hat, wie mitgeteilt wird, nicht eingegriffen, obwohl sie den Vorgang beobachtete. Wir können

Die enormen Verluste der deutschen Zeitungen in dieser Woche

hören zu der Notwendigkeit geführt, die Bezugspreise sofort den tollpatschigen Rollen anzupassen. Die Bezugspreise dieser Woche haben bei weitem nicht einmal die Tageszeitung erreicht. Die Verluste der Zeitungen wurden so gemacht, daß bei der Preisfestsetzung die Entwicklung im Laufe der Woche nicht berücksichtigt werden konnte. Eine derartige Wirtschaft müßte in kurzer Frist zum oblichen Ruin des deutschen Presse führen.“

„Niemand kann sich dabei auf der Auswirkung der notwendigen enormen Lohn- und Gehaltszuschüsse entziehen. Die Verlust erhöhung macht organ die Vormorde eine Steigerung von 534 Prozent aus. Die ganze deutsche Presse muß daher ihre Presse um das Vielfache erhöhen, um weiter erscheinen zu können.“

Unser Bezugspreis

für die Woche vom 21. — 27. Oktober mußte wie folgt festgesetzt werden:
durch die Ausdrucker in der Stadt 300 Millionen
auf dem Lande 330

Einzelnummer 100

Wiederholte bitten wir unsere geschätzten Bezieher, das Bezugspreis rechtzeitig, in möglichst größeren Scheinen, bereit zu halten, damit unseren Tägern das Einholieren erleichtert wird.“

Nachrichten für Naunhof.

als Grund des passiven Verhaltens der Polizei nutzt annehmen, daß die Machtmittel eines einzigen Beamten nicht ausreichen, um fahrlässig mit Gewalt auf Erfolg einzuschreiten. Dann bleibt aber die Frau offen, wie ist der Schuh des friedlichen Büros gewählt? Wenn auch — was wir hoffen wollen — die Anstrengung ein gerichtliches Nachspiel erfährt, so ist damit die Frau noch nicht gelöst, daß in Zukunft derartige Strukturen vermieden werden. Sollte es nicht angebracht sein, auch hier seitens der Bürgerlichkeit einen Selbstschluß zu bilden? Wie meinen, was andere, ohne einen Grund dazu zu haben, tun, das sollte der konnen. Denn der Befehl der Polizei nutzt annehmen, daß die Machtmittel eines einzigen Beamten nicht ausreichen, um fahrlässig mit Gewalt auf Erfolg einzuschreiten. Dann bleibt aber die Frau offen, wie ist der Schuh des friedlichen Büros gewählt? Wenn auch — was wir hoffen wollen — die Anstrengung ein gerichtliches Nachspiel erfährt, so ist damit die Frau noch nicht gelöst, daß in Zukunft derartige Strukturen vermieden werden. Sollte es nicht angebracht sein, auch hier seitens der Bürgerlichkeit einen Selbstschluß zu bilden? Wie meinen, was andere, ohne einen Grund

dazu zu haben, tun, das sollte der konnen. Denn der Befehl der Polizei nutzt annehmen, daß die Machtmittel eines einzigen Beamten nicht ausreichen, um fahrlässig mit Gewalt auf Erfolg einzuschreiten. Dann bleibt aber die Frau offen, wie ist der Schuh des friedlichen Büros gewählt? Wenn auch — was wir hoffen wollen — die Anstrengung ein gerichtliches Nachspiel erfährt, so ist damit die Frau noch nicht gelöst, daß in Zukunft derartige Strukturen vermieden werden. Sollte es nicht angebracht sein, auch hier seitens der Bürgerlichkeit einen Selbstschluß zu bilden? Wie meinen, was andere, ohne einen Grund

dazu zu haben, tun, das sollte der konnen. Denn der Befehl der Polizei nutzt annehmen, daß die Machtmittel eines einzigen Beamten nicht ausreichen, um fahrlässig mit Gewalt auf Erfolg einzuschreiten. Dann bleibt aber die Frau offen, wie ist der Schuh des friedlichen Büros gewählt? Wenn auch — was wir hoffen wollen — die Anstrengung ein gerichtliches Nachspiel erfährt, so ist damit die Frau noch nicht gelöst, daß in Zukunft derartige Strukturen vermieden werden. Sollte es nicht angebracht sein, auch hier seitens der Bürgerlichkeit einen Selbstschluß zu bilden? Wie meinen, was andere, ohne einen Grund

dazu zu haben, tun, das sollte der konnen. Denn der Befehl der Polizei nutzt annehmen, daß die Machtmittel eines einzigen Beamten nicht ausreichen, um fahrlässig mit Gewalt auf Erfolg einzuschreiten. Dann bleibt aber die Frau offen, wie ist der Schuh des friedlichen Büros gewählt? Wenn auch — was wir hoffen wollen — die Anstrengung ein gerichtliches Nachspiel erfährt, so ist damit die Frau noch nicht gelöst, daß in Zukunft derartige Strukturen vermieden werden. Sollte es nicht angebracht sein, auch hier seitens der Bürgerlichkeit einen Selbstschluß zu bilden? Wie meinen, was andere, ohne einen Grund

dazu zu haben, tun, das sollte der konnen. Denn der Befehl der Polizei nutzt annehmen, daß die Machtmittel eines einzigen Beamten nicht ausreichen, um fahrlässig mit Gewalt auf Erfolg einzuschreiten. Dann bleibt aber die Frau offen, wie ist der Schuh des friedlichen Büros gewählt? Wenn auch — was wir hoffen wollen — die Anstrengung ein gerichtliches Nachspiel erfährt, so ist damit die Frau noch nicht gelöst, daß in Zukunft derartige Strukturen vermieden werden. Sollte es nicht angebracht sein, auch hier seitens der Bürgerlichkeit einen Selbstschluß zu bilden? Wie meinen, was andere, ohne einen Grund

dazu zu haben, tun, das sollte der konnen. Denn der Befehl der Polizei nutzt annehmen, daß die Machtmittel eines einzigen Beamten nicht ausreichen, um fahrlässig mit Gewalt auf Erfolg einzuschreiten. Dann bleibt aber die Frau offen, wie ist der Schuh des friedlichen Büros gewählt? Wenn auch — was wir hoffen wollen — die Anstrengung ein gerichtliches Nachspiel erfährt, so ist damit die Frau noch nicht gelöst, daß in Zukunft derartige Strukturen vermieden werden. Sollte es nicht angebracht sein, auch hier seitens der Bürgerlichkeit einen Selbstschluß zu bilden? Wie meinen, was andere, ohne einen Grund

dazu zu haben, tun, das sollte der konnen. Denn der Befehl der Polizei nutzt annehmen, daß die Machtmittel eines einzigen Beamten nicht ausreichen, um fahrlässig mit Gewalt auf Erfolg einzuschreiten. Dann bleibt aber die Frau offen, wie ist der Schuh des friedlichen Büros gewählt? Wenn auch — was wir hoffen wollen — die Anstrengung ein gerichtliches Nachspiel erfährt, so ist damit die Frau noch nicht gelöst, daß in Zukunft derartige Strukturen vermieden werden. Sollte es nicht angebracht sein, auch hier seitens der Bürgerlichkeit einen Selbstschluß zu bilden? Wie meinen, was andere, ohne einen Grund

dazu zu haben, tun, das sollte der konnen. Denn der Befehl der Polizei nutzt annehmen, daß die Machtmittel eines einzigen Beamten nicht ausreichen, um fahrlässig mit Gewalt auf Erfolg einzuschreiten. Dann bleibt aber die Frau offen, wie ist der Schuh des friedlichen Büros gewählt? Wenn auch — was wir hoffen wollen — die Anstrengung ein gerichtliches Nachspiel erfährt, so ist damit die Frau noch nicht gelöst, daß in Zukunft derartige Strukturen vermieden werden. Sollte es nicht angebracht sein, auch hier seitens der Bürgerlichkeit einen Selbstschluß zu bilden? Wie meinen, was andere, ohne einen Grund

Bermischtes.

= Weg mit dem Papiergebäude! Ein Mann, der offenbar alles Heil von der kommenden Rentenmark erwartet und sich daher seines Papiermarkbesitzes möglichst rasch und schmerzlos entledigen wollte, hatte auf der Charlottenstraße in Berlin ungezählte Millionen in Millionen- und Milliarden Scheinen einfach in kleine Stücke zerrissen und den Rest seines papiernen Glücks dem Wind preisgegeben. Kinder und Frauen waren bald in großen Scharen zur Stelle und bemühten sich, zu retten, was noch zu retten war. Aber ihre „Geldsammlung“ war ganz fruchtlos, da der sonderbare Heilige sein Vermögen derart zerlegt hatte, daß es selbst die Reichsbank mit ihrem gesamten Beamtenstab nicht mehr hätte zusammensetzen können. Während die Passanten sich noch daschend, verschwand der Mann im Gebäude. Wahrscheinlich fürchtete er, gelynch zu werden!

= Venus im Rustandort. In der Gartenbauausstellung Luzern steht eine Venusstatue, ein Werk des Bildhauers Stegwart. Das Erziehungsdepartement des Kantons hat nun angeordnet, daß die schöne Frau drapiert werden soll, sonst Schülernlassen die Ausstellung besuchen. Und wenn die Schüler nicht „in corpore“, sondern einzeln kommen? Ein schwerer, ein sehr schwerer Fall!

= Kampf um den Absatz. Es handelt sich nicht um den Warenabsatz, der bekanntlich von Tag zu Tag zurückgeht, und den man gern steigern möchte, sondern um den Absatz der Damenschuhe, der von Tag zu Tag höher wird, und den manche Leute wieder „kleinstreigen“ möchten. Zu diesen Leuten gehört der Londoner Olypode Sir Herbert Baker, der einen beinahe elementaren Vorstoß gegen die hohen Absätze der Damenwelt unternommen hat und nach bestem medizinischen Wissen und Gewissen erklärt, daß besagte Absätze Materielle Zeuge seien, und daß die Damen, die solche Absätze tragen, verkrüppelt fühle lassen. Diese Kampfanlage gegen den Absatz hat aber sämtliche Modedamen und Tanzlehrer in England zu Entrüstungskundgebungen veranlaßt. Einer der führenden Londoner Tanzprofessoren erklärte, daß mit den niedrigen Absätzen Plumpheit und Un-eleganz in den Ballallen einziehen würden. Man sieht einen großen Damenschuh vor, der mit einem Schuh mit niedrigen Absätzen verglichen ist, und man wird schaudern!“ sagte er. Schuhe mit niedrigen Absätzen machen die Füße doppelt so groß wie solche mit hohen. Jenes Zugeständnis an die Hygiene könnten sich daher nur Damen mit ganz kleinen Füßen gestatten. Eine Frau mit niedrigen Absätzen geht so ungefähr wie ein Mann; sie verliert ihren weiblichen Reiz, und man kann sagen, daß sie überhaupt nicht „angesogen“ ist. (Na, na!) Zur eleganten Toilette sind hohe Absätze unumgänglich nötig. Mehrere Modedamen erklärten, daß sie mit niedrigen Absätzen überhaupt nicht gehen könnten und daher lieber verkrüppelte Füße in den Kauf nähmen als Füße, die im

schon damals wurde festgestellt, daß der Sarg Alexanders I., obwohl er vollständig unversehrt war, nur einige Bleistücke enthielt, die erschlich dazu gedient hatten, das Gewicht vorzuhalten. Das schien die Volkslegende zu führen, nach der Alexander I. gar nicht am 1. Dezember 1825 in Tagantos gestorben ist, sondern einfach dem Throne entstiegen und im Einverständnis mit seinem Sohne und einigen Eingeweihten den Tod vorgetauscht hat. In Wahrheit hatte er sich, um sein Leben als Cremit zu verschleiern, in die Wälder Siberiens zurückgezogen. Tatsächlich war nach der offiziellen Bekanntigung des Todes Alexanders I. in Siberien der Cremit Feodor Knutitsch aufgetaucht, von dem niemand wußte, woher er kam. Es ist freilich unmöglich, festzustellen, ob besagter Cremit tatsächlich Alexander I. gewesen ist, aber die Feststellung, daß Alexanders Sarg leer ist, scheint wenigstens darauf hinzudeuten, daß Alexander I. nicht in Tagantos starb. Damit würde sich auch die Tatsache erklären, daß damals niemand die Leiche des Zaren sehen durfte.

= Absonderliche Berufe. Drei Viertel der Menschen rauschen aus Genuss; aber es gibt auch einige, die berufsmäßig qualmen, um für Geld und gute Worte Meerschaumspielen kunstvoll anzutreten. In Paris zieht eine Dame vom Hause zu Hause, um ihre Dienste als Abschmeckerin der Speisen für den Mittagstisch anzubieten, und da sie mit eigener Equipage vorzufahren pflegt, darf man annehmen, daß auch dieser Beruf seinen Mann oder vielmehr seine Frau ernährt. Eine andere Dame unterrichtet sich umsonst den Mammon der Pein, die neuen Schande, die der Verführer nicht recht passen wollen, auszutreten. Ebenfalls in Paris gibt es einen Mann, der als Spezialist das Geschäft der „Enttäuschung“ betreibt, auf Grund eines Geheimversprechens, das den Erfolg der Erinnerung der Täuschung von der Haut verbürgt. Für die Mitteilung seines Rezeptes wurden dem Manne fürzlich 40 000 Frank geboten, die er aber mit der Begründung ablehnte, daß dieser Preis angehoben ist. Der Gewinn, die ihm seine Praxis bringt, gar nicht in Frage kommen könne. Andere erfreuen sich in den großen Parfümeriefabriken als Duftprüfer gut bezahlter Stellungen. Es ist das ein Beruf, der nicht jedem zugänglich ist, da er an die Feinfühligkeit der Nase ganz ungewöhnlich hohe Ansprüche stellt. So muß beispielsweise das Lieblingsparfum der Königin Alexandra von England, von dem eine Linie enthaltende Flasche von 250 Frank kostet, die prüfende Nase von fünf berufsmäßigen Parfümprifern passieren, ehe es in den Gebrauch der Majestät übergezogen für würdig befunden wird. Amerika darf sich rühmen, die Schafprostiften erfunden zu haben, die die Schönsten im Lande des Sternenhackers die Kunst lehren, beim Schauen eine elegante Pose einzunehmen. Fehlt nur noch der Professor, der die Snobs die Kunst des „In-Schönheit-Sterben“ lehrt.

= Eine Liga zum Schutz der Schwiegermütter. Die Gründung einer ganz einzig stehenden Liga beschäftigte zurzeit die amerikanische Presse. Es handelt sich um eine Liga zum Schutz der Schwiegermütter. Die Ursache der Gründung dieser Vereinigung war folgender Vorfall: In einem kleinen amerikanischen Städtchen lebt das Ehepaar Rousseau in Unfrieden und beschloß, sich scheiden zu lassen. Während der Gerichtsverhandlung warf der Richter die Frage auf, wie weit von der Wohnung der feindlichen Gatten die Schwiegermutter ihre Zelte aufgeschlagen habe. Man erwiderte ihm, daß die Schwiegermutter etwa zweitausend enklische Meilen entfernt von

ihren Kindern wohne. Der Richter gab zu, daß diese Entfernung zwar ausreichend sei, um den verderblichen und störenden Einfluß der Schwiegermutter unwirksam zu machen, konnte sich aber nicht entscheiden, gegen die Schwiegermütter im allgemeinen energisch zu Felde zu ziehen. Er führte die Hälfte aller unglücklichen Ehen auf die Intrigen der Schwiegermütter zurück. Durch diese Rede des Richters fühlten sich alle Schwiegermütter der Stadt in ihrer schwiegermütterlichen Ehre gekränkt, und die energischste unter ihnen berief eine Versammlung ein, um gegen die beleidigenden Ausführungen des Richters zu protestieren. Die empörten Damen beschlossen, eine „Liga zum Schutz der Schwiegermütter“ zu bilden. Eine Frau Griswold wurde ermächtigt, ein Schreiben an den Richter zu richten, in dem der Abschluß aufgefordert wurde, vor dem Pleinum der Schwiegermütterversammlung zu erscheinen und seine Behauptungen an Hand von Beispielen zu beweisen. Aber der Richter konnte nicht den Mut aufbringen, vor einer Versammlung eindröpiger Schwiegermütter zu sprechen. Er zog es vor, der Aussorderung keine Folge zu leisten.

= Ein mohammedanischer Lord. Die ägyptische Bevölkerung begrüßt fürzlich den englischen Lord Headly, der aus der anglo-sächsischen Kirche ausgetreten ist, um sich zu dem Glauben an Allah zu bekennen, bei seiner Ankunft in Kairo mit begeisterten Aufforderungen. Die Versuche, unter den Anhängern des Islam das Christentum zu verbreiten, haben bisher nur geringe Erfolge gehabt. Noch weniger ist es allerdings gelungen, unter den Christen dem Islam Freunde zu werben, und der Fall, daß ein dem britischen Krelad angehörender Aristokrat zum Islam übertritt, ist vollends ein Unikum, das die Beachtung begreiflich macht, mit der Headly's Übertritt ausgenommen werden ist. Über die Gründe, die den Lord zu seinem Religionswechsel veranlaßt haben, tappt man völlig im Dunkeln. Die Verdächtigung, daß die Sucht, Aufsehen zu erregen, das treibende Motiv gewesen sei, ist schon aus dem Grunde zurückzuweisen, weil dieser Übertritt geruhte Zeit zurückliegt und erst jetzt der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Auch die Aussicht auf die Freuden des Himmels dürfte für den alten Herrn, der Zeit seines Lebens Weiberleben gewesen ist, nicht ausschlaggebend gewesen sein. Lord Headly selbst hat mit Bezug auf seinen Übertritt erklärt, daß er dem mohammedanischen Belehrten den Vorzug vor allen anderen Religionen gegeben habe, weil es die duldsamste der Religionen sei.

= Canberra, Australiens neue Hauptstadt. Aus Australien eingehende Nachrichten besagen, daß das neue Bundesparlament, das in zwei Jahren gewählt werden soll, seinen Sitz in der neuen Bundeshauptstadt finden wird, mit deren Bau auf einem nördlich von Melbourne gelegenen Terrain man gegenwärtig beschäftigt ist. Mit den Bauarbeiten hat man bereits vor zehn Jahren begonnen, und ein großer Teil der öffentlichen Gebäude, die die Ministerien und das Parlament ausnehmen sollen, ist schon fertiggestellt. Die neue Bundeshauptstadt wird den Namen Camberra erhalten und soll für Australien das werden, was Washington für die Vereinigten Staaten und Ottawa für Kanada ist. Die neue Stadt erhebt sich inmitten einer wellenförmig verlaufenden Hochebene, die von Wäldern und Wiesen bedeckt und von drei Seiten von Gebirgen umgeben ist. Die vierter Seite öffnet sich nach der Richtung des Meeres, von dem die Stadt der Bundesregierung kaum hundert Kilometer entfernt ist. Das mittlere Abend

der Hochebene liegt etwa 700 Meter über dem Meeresspiegel, so daß das Klima über alles Vor erhaben und vor allen Dingen der großen Hitze nicht ausgekehrt ist, unter der die an der Küste liegenden Städte Australiens so oft schwer zu leiden haben. Die ganze Hochebene ist zum Bundesgebiet erklärt worden und insgesamt politisch und verwaltungstechnisch unabhängig von den einzelnen australischen Staaten. Um dem Bundesgebiet das höchstmögliche Maß von Freiheit und Selbständigkeit zu sichern, hat man es durch einen Korridor mit dem Meer verbunden. Den Korridor durchquert eine Eisenbahn, die eigens für diesen Zweck gebaut wurde, und die in Jarvis Bay mündet, einem Hafen, der groß genug ist, um die gesamte britische Flotte aufzunehmen.

= Die Insel der Paradiesvögel zu verkaufen. Die zu den kleinen Antillen gehörige Insel Klein-Tobago befindet sich im Privatbesitz eines Engländer, Sir William Ingram. Sie ist dadurch bekannt geworden, daß der Besitzer hier mit Erfolg Paradiesvögel eingebürgert hat. Vor zwölf Jahren setzte er einige Paare aus, die in dem tropischen Klima vorzüglich gediehen und sich angeblich schon auf einige hundert Stück vermehrt haben. Dies wurde namenlich dadurch ermöglicht, daß Störungen durch Fledermaus ausgeschlossen waren; denn größere Schiffe können an dem steilen Hafenende der Insel nicht landen, und auch für kleine Fahrzeuge ist das wegen der durchbaren Brandung sehr schwer und nur unter oszillierender Führung möglich. Diese Umstände machen aber den Aufenthalt auf der Insel sehr beschwerlich, und deshalb hat der Besitzer das Eiland jetzt für 2000 englische Pfund zum Verkauf ausgeschrieben. Die Zoologische Gesellschaft von New York wird die Insel wohl erwerben.

= Schnaps in der Bibel. Es gibt Leute, welche beweisen, daß man im Konversationslexikon und in der Bibel alles finden könnte. Für das Konversationslexikon trifft das bestimmt zu, und wenn man dort Schnaps sucht, braucht man nur unter „Sch“ nachzusehen. In der Bibel dürfte aber bisher noch kein Mensch Schnaps gefunden haben. Erst den amerikanischen Holländern war es vorbehalten, auch im Buch der Bücher Schnaps zu entdecken, und zwar nicht etwa bloß als Platz, sondern gleich in veritablem trinkbarem Ausmachung. Es war den Holländern aufgefallen, daß seit einiger Zeit aus Kanada nach den Vereinigten Staaten ungewöhnlich viele, in schwere Prachtbinden eingebundene Bibeln eingeführt wurden. Obwohl nun die Amerikaner offiziell ungemein fromm sind, hatte man auf den Holländern gegen den ungewöhnlich großen Bibelbedarf doch ein gewisses Misstrauen, und als man sich jüngst einige dieser Bibeln näher ansah, zeigte sich, daß Einband und Goldschnitt nur die Hülle für neuartige, sehr umfangreiche Schnapsflaschen waren. Mit diesem „frommen“ Betrug dürfte es nun auch zu Ende sein, und die erfundeneartigen Yankee werden sich nach einem noch genialeren Mittel zur Stellung ihres Durchs umsehen müssen. Vielleicht hilft Edison!

Kirchennotizen.

Dom. XXI. p. Trin.

Vorm. 1/10: Kindergottesdienst im Konkordionsaal. Vorm. 1/11: Gottesdienst b. cond. Anno-Dezyg.

- Nebenamt: Robert Ganz. Druck und Verlag Sing & Sohn in Naunhof

Gewerbebank Naunhof, e. G. m. b. H. Naunhof

Außerordentliche Generalversammlung

am 4. November nachm. 2 Uhr im „Goldenen Stern“ zu Naunhof.

Tagesordnung:

- 1) Bericht des Vorstandes
- 2) Vorlage des Revisionsberichtes
- 3) Sitzungsänderungen zu § 29 Abs. 1, 2, § 32, Abs. 1, § 37, Abs. 2
- 4) Anträge
- 5) Verschiedenes

Anträge müssen bis 24. Oktober 1923 beim Vorstand eingereicht sein.

Der Vorstand Wöhner, Wendler Der Ausschuss

Mitschewich, Voßhender.

Bürgerbund Naunhof e. V.

dem Meeres-
haben und vor
s ist, unter der
so oft schwer
zum Bundes-
politisch und
einzelnen
siet das höchste
keit zu sichern,
m Meere ver-
eisenbahn, die
die in Zarbis
ist, um die ge-
ufen. Die zu
sage befindet
Sir William
dass der Be-
bürgert hat.
s, die in dem
sich angeblich
haben. Dies
Störungen
nenn größere
er Insel nicht
as wegen der
er unter orde-
machen aber
isch, und des-
2000 englische
ologische Ge-
erwerben.

te, welche be-
in und in der
sationslegion
Schnaps suchte.
In der Bibel
gefunden
war es vor-
zu entdecken,
ern gleich in
den Zöllnern
da nach den
höhere Pracht-
ten. Obwohl
ind, hatte man
großen Bibel-
als man sich
igte sich, daß
neuartige, sehr
Mit diesem
nde sein, und
ch einem noch
stes umsehen

iol. Worm. 111
ale in Newor

H. Naunhof
sammnung
en zu Naunhof.

1. 2.
ab eingetragt jeh.
Aussichtsrat
vih., Volkshander.

SE
Ziehung Mitt-
über, empfiehlt
urt Wendl.

nfarten
nung & Gute.

zwingt uns, zu
ehungen
der durch die
für Pauschal-
machung vom
sspreise

a. m. b. H.

Kassig

richtungen.

Leipzig.

ulver
Wäsche.

Beilage zu den Nachrichten für Naunhof.

Nr. 127

Sonntag, den 21. Oktober 1923.

34. Jahrgang

Schufdienst.

Vermischte Drachtnachrichten.

Erfas für Rauchschäden nur bis 31. Oktober.

Berlin, 18. Oktober. Angesichts der überaus schwierigen Lage der Reichsfinanzen hat die Reichsregierung sich gestötzt gesehen, auch in Hinsicht auf die Abgeltung von Rauchschäden Einschränkungen einzutreten zu lassen. Als erste dieser Maßnahmen ist beschlossen worden, noch nicht vorgenommene Anmeldungen von Schäden, die aus Anlaß der Belagerung des Ruhrgebiets entstanden sind, nur dann noch zu berücksichtigen, wenn sie für die bis einschließlich 28. September 1923 eingetretenen Schäden bis zum 31. Oktober 1923, für die später eingetretenen Schäden bis zum 30. November 1923 bei den Feststellungsbehörden oder dem Reichsministerium für das betroffene Gebiete, Berlin W. 9, Leipziger Platz 17, eingereicht werden. Für Schäden, die nach dem 31. Oktober 1923 entstanden, kann eine Vergütung nicht mehr geleistet werden.

Keine Rote Bayerns über Sachsen.

Berlin, 18. Oktober. Halbamtlich wird gemeldet: Der sächsische Ministerpräsident hat gestern im sächsischen Landtag erklärt, Bayern habe in Berlin eine Note überreichen lassen, die dagegen Protest erhebe, daß ein Betriebsräte Kongress unter dem Schutz der sächsischen Regierung in Dresden abgehalten worden sei. An dieser Behauptung ist, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, kein Wahrschau erwartet; es muss ernstlich bedauert werden, daß eine betrügerische falsche Nachricht, die geeignet ist, weitgehende Beunruhigung auszulösen, von der verantwortlichen Stelle eines deutschen Landes ohne vorherige Prüfung des Tatbestandes ausgegeben worden ist.

Plünderungen in der Umgegend Berlins.

Berlin, 18. Oktober. Gestern mittag drangen etwa 80 jugendliche Jungen, die von Adlershof gekommen waren, in Al-Schönlebe in mehrere Lebensmittelgeschäfte ein, wo sie alles Erreichbare zusammenrafften. Mehrere Geschäftleute verteilten freiwillig Ware. Polizei zerstreute die Menge und nahm zehn Plünderer fest.

Die neue Schlüsselzahl für Anzeigen.

Berlin, 18. Oktober. Der Verein deutscher Zeitungsverleger hat die Schlüsselzahl für die Anzeigen für die Woche vom 20. bis 26. Oktober auf 2 Millionen festgesetzt.

Wucherbekämpfung in Bayern.

München, 18. Oktober. Wie man amtlich mitteilt, hat die Postverwaltung auf Veranlassung des Generalpostamtskommissars strengste Weisung an das Postpersonal ergeben lassen, sich an der Bekämpfung des Wucher- und Schieberums durch dauernde Überwachung des Telegraphen- und Fernsprechverkehrs taftigstig an beteiligen und namentlich auf Fälle von Kettenhandel, Warenverschüttung, Schleichhandel, verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und wilden Handel scharf zu achten.

Keine Kriegsgefangenen deportiert.

Essen, 18. Oktober. Über den Verbleib der einzelnen Kriegsgefangenen, die nach Frankreich und Belgien transportiert worden sind, herrscht in weiten Kreisen noch Ungewissheit. Es ist doch von Interesse, zu erfahren, daß die gefangenen Sadowksi, Becker, Zimmermann, Stach und Werner nach der Insel St. Martin de Ré bei Bordeaux, May und Doyon nach dem Gefängnis in Nancy, Sanders und Paz nach dem Gefängnis in Lors gebracht worden sind. Es ist nicht richtig, daß Kriegsgefangene schon nach den Kolonien gebracht worden seien. Bis jetzt hat ein Abtransport in der Tat noch nicht stattgefunden, und es sind auch Schritte unternommen worden, um diesen Abtransport zu verhindern.

Ruhrlands bessere Tage.

London, 18. Oktober. "Times" berichten aus New York, daß der nichtoffizielle Kongreßausschuß, der sich am 14. 7. nach Rußland begab, um die dortige Lage zu untersuchen, am 15. 10. nach New York zurückgekehrt ist. Eines seiner Mitglieder, Senator Ladd, teilte im Namen seiner Kollegen mit, daß sie die Lage in Rußland besser fanden, als von vielen Leuten geschildert werde. Sie seien dafür, daß die Vereinigten Staaten Schritte unternehme, mit dem Ziel, die Handelsbeziehungen mit Rußland wiederherzustellen.

Der Same der Zwietracht.

Die nationale Einheitsfront des passiven Widerstandes ist erschüttert. Das Reich selbst mußte uns seine Unterstützung entziehen, um nicht selbst dem Chaos zum Opfer zu fallen. Der passive Widerstand ist amtlich aufgehoben, ohne daß doch vorerst an das Wichtigste, an den Wiederaufbau des Produktionsprozesses, an den Wiederaufbau der Arbeit und nicht zum wenigsten an den Wiederaufbau eines nationalen Gefühls gedacht würde.

Die Einheitsfront, der so das wichtigste Zentrum entzogen wurde, ist dadurch auch neuen Gefahren ausgesetzt; mit aller Macht versuchen die Besatzungsmächte mit seinem Verständnis für die eigentlich sonderbündlerische Gemütsart des Deutschen aus diesem Verzagen Berlins Nutzen zu ziehen, mit allen einzelnen Faktoren und Gruppen der bisherigen Front gesondert zu verhandeln. Das Beste, was rein praktisch der passive Widerstand auf dem Höhepunkt seiner Macht bot, war ja das einmütige Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die hier an der Grenze des besetzten Gebiets und unter dem Druck Frankreichs die Arbeitsgemeinschaft des werktätigen Volkes vorbildlich verkörpern. Den Wechsel, der infolge der neuen Beschlüsse die ganze Front erschüttete, suchten nun die Franzosen in außerordentlich geschickter Weise zu stärken und zu einem Erfolgsgemüts auszugestalten. Man sucht Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu trennen, indem man gegen ihren Willen den Herren Krupp von Bohlen und Halbach und drei Betriebsdirektoren der Kruppschen Werke selbst im Gefängnis eine bessere Behandlung angedrohten ließ als den übrigen politischen Gefangenen. Man sucht nach Kräften vor allem diese Sonderbehandlung in die Arbeitserziehung zu bringen, die ja selbst-

verständlich mit innerem Gehagen solche Nachrichten aufnehmen. Innerhalb des Düsseldorfer Gefängnisses selbst wird augenblicklich die Wohnung des Gefängnisdirektors Schmitt zu Wohn- und Arbeitszwecken umgebaut, ohne jede Zustimmung der Beteiligten selbst, die gegen ihren Willen auf diese Weise zu Sturmbohlen gegen die nationale Einheitsfront der Arbeitsgemeinschaft mißbraucht werden. Die Sozialdemokratie benutzt leider in ihren links gerichteten Elementen auch dieses Mittel, um den alten Haß gegen die Arbeitgeber und gegen den Kapitalismus in einer Zeit zu fördern, wo der wirkliche Bourgeois-Kapitalismus Frankreichs vor einer neuen Blütezeit steht.

Ahnlich will man den Samen der Zwietracht in die Kreise des gewerblichen Mittelstandes werfen, der sich in der Lebensmittelversorgung des besetzten Gebiets bedroht sieht. Und leider haben auch hier unbewußt Bewohner des unbefestigten Gebiets, wie es scheint, ihre Hand zu erfolglicher Propaganda geboten. Nach einer Nachricht, die wohlgefällig vom französischen Propagandabüro verbreitet wird, sind Kaufleute, die zur Lebensmittelversorgung der Düsseldorfer Gegend in Westfalen und Hannover umherreisen, auf den Märkten und auf den Bahnhöfen und in den Eisenbahnzügen durch die Bevölkerung mißhandelt und ihrer Waren beraubt worden, unter dem Vorwand, daß die Waren an die Franzosen verlaufen würden. Wie weit diese Nachricht auf Tatsachen beruht, ist nicht festzustellen. Festgestellt kann nur werden, daß auch hier in diesem Falle der Same der Zwietracht wirklich ausgeht, den vielleicht eine unbewußte Hand aus wirtschaftlichen Gründen den Franzosen bot. Die Waffe des passiven Widerstandes ist stumpf geworden. Was uns bleibt, muß umso stärker gewahrt und geschützt werden. Der Gedanke der nationalen Einheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aber auch der Gedanke werktätiger Unterstützung, der besetztes und unbesetztes Deutschland heiter stärker noch verbinden muß denn je zuvor.

Bahnfahrpreise vom 18. Oktober ab.

Die sorglosen Erhöhungen der Beförderungstarife für Personen auf der Eisenbahnen haben in etwa 14 Tagen die Preise auf das Zwanzigfache gebracht. Eine Reihe einschließlich Schnellzugzuschlag stellt sich nun z. V.

	2. Kl.	3. Kl.
von Stettin nach Berlin auf	9,84	3,33
Magdeburg	10,44	3,48
Leipzig	12,54	4,20
Görlitz	15,18	5,10
Braunschweig	16,38	5,46
Hannover	18,18	6,06
Breslau	22,62	7,62
Kiel	23,22	7,74
Dortmund	30,90	10,26
Essen	32,70	10,86
Frankf. a. M.	35,10	11,70
Königsberg	37,50	12,62
München	38,70	12,78
	42,30	13,98

Im Güterverkehr haben die Frachträger innerhalb zweier Wochen sich verdreifacht. Die ungeheure Steigerung der Indexziffer in letzter Woche ist zum großen Teil durch die von selber erfolgende Güterverteuerung mitverursacht.

Wie Kinder zu Verbrechern werden.

Aus dem Bericht einer Jugendgerichtshilfe.

Unsere Zeit, die so viel Grausiges verzeichnet hat, darf auch den traumenden Kindern für sich in Anspruch nehmen, daß Kinderverbrechen als händige Erscheinung nachgewiesen zu haben. Man weiß, wie während des Krieges bei uns in Deutschland zahllose Kinder, die der väterlichen Fucht ermangelten, derart verworfen sind, daß die Väter, als sie von den blutigen Schlosshöfen Frankreichs und Rußlands heimkehrten, ihre Sprößlinge oft kaum noch wiedererkannten und mit eiserner Rute die Erziehung aus Amt Rund und Band geratenen Halbwüchsigen von vorn beginnen mußten. Aber in vielen Fällen war es für die Rettung verkommenen Jugend schon zu spät, und die Zahl jugendlicher Sünder nahm in erschreckendem Maße zu. Und wie bei uns, so war es auch bei den anderen Völkern, die durch Krieg und Umlösungen in ihren Heimen erschüttert und in ein heiles Chaos zurückgeworfen worden waren. Da veröffentlichte Frau Grete 2. h. r., die Leiterin der Wiener Jugendgerichtshilfe, einen Bericht über das Arbeitsjahr 1922, der in seiner knappen Aufzählung und Schilderung von Tatsachen geradezu aufschreckend wirkt.

Im Berichtsjahr wurden der Wiener Jugendgerichtshilfe 8626 Fälle von verwahrlosten, vernachlässigten, teilweise verbrecherischen Kindern zugewiesen. Unter den 2627 straffähigen Kindern befanden sich 127 Kinder von 10 bis 12 Jahren, 570 von 12 bis 14 Jahren, 1107 Jugendliche von 14 bis 16 Jahren und 823 Jugendliche von 16 bis 18 Jahren. Unter diesen wegen straffähiger Handlungen angezeigten Kindern befanden sich 2144 Knaben und 483 Mädchen. Was sind nun die Sünden der Kinder wider das Recht? 1702 beginnen Diebstähle, 31 wurden zu Einbrechern, 112 begegnen und veruntreuen, 56 brachten anderen im Aufenthalte Verletzungen bei, 39 hatten sich wegen sitzlicher Verfehlungen zu verantworten, 3 waren zu Brandstiftern geworden, 1 hatte einen Mordversuch an dem eigenen Vater begangen.

Wie ist es nun möglich, daß so erschwerend viele Kinder vom rechten Wege abirren? Sehr oft bildet das durch die Arbeitslosigkeit des Vaters und älterer Geschwister bedingte Elend die Veranlassung, daß hungrende Kinder einfach stehen, um etwas zu essen zu haben. Sehen sie dann, daß dieser Weg zu dem gewünschten Erfolge führt, so schreiten sie weiter auf der Bahn des Verbrechens, und sie finden um so weniger dabei, als die Erwachsenen ihrer Umgebung sie noch in ihrem Tun bestärken, anstatt sie davon abzuhalten. Am traurigsten sind die Angaben über die jungen Mädchen, die auf Abwege geraten, um zuerst ihre bescheidenen Ansprüche an den Welt von Wäsche und Kleidern erfüllen zu können, und die dann, wenn sie einmal die leichte Art des Erwerbs kennengelernt

haben, zu ausgesprochenen Tieren werden, damit sie die Mittel für Bus und Land zur Verfügung haben. 13 Mädchen unter 14 Jahren und 274 von 14 bis 17 Jahren wurden vom Sittenamt aufgegriffen, und 126 davon mußten als erkrankt an das Spital abgegeben werden. 64 Erwachsene hatten sich wegen an Kindern begangener Sittlichkeitsverbrechen vor dem Jugendgericht zu verantworten.

Geht man den Ursachen, die Kinder mit dem Strafgesetz konfrontieren, bei Einzelfällen lieber auf den Grund, so zeigt es sich immer, daß dort, wo nicht allein die Not zum Verzweigen wurde, traurige Familiensituationen die Jugendlichen auf die Straße treiben. Viele der straffähigen Kinder hatten sich im sogenannten Elternhaus ein wahres Marathrium zu erden. Überzeugung der elterlichen Gewalt befreit die Kinder dann erst von dem Einfluss solcher gewissenloser Eltern, die nun einmal da sind, auch betreut und erhalten werden müssen. Werden die Kinder in eine Umgebung gebracht, wo man sie gut und liebevoll behandelt, so verflüchten sich bei den meisten die "Verbrecherinstinkte" rasch, und nur 55 von 870 bedingt verurteilten Jugendlichen wurden im Jahre 1922 rückfällig. B. J.

Rah und Fern.

○ Billionensammlung der Berliner Börse. An der Berliner Börse hat sich vor kurzem ein Ausschuß gebildet, um die minderbemittelte Bevölkerung mit Lebensmitteln zu unterstützen. Die Sammlungen haben bisher 150 Millionen Mark erbracht, in Dollar, in Goldanleihe, in Dollarschässchen und in Papiermark. Die Produzenten haben große Posten Lebensmittel, wie Erbsen, Mehl, Graupen usw., zur Verfügung gestellt.

○ Ein gestohlene Spizweg wiedergefunden. Im Juli d. J. wurde aus der Berliner Nationalgalerie während der Besuchszeit Spizwegs Bild "Der heimkehrende Kauder" gestohlen. Obwohl der Diebstahl sofort bemerkt wurde und sämtliche Besucher der Galerie sich eine Visitation gefallen lassen mußten, blieb das Bild bis jetzt verschwunden. Jetzt erschien bei einem Berliner Rechtsanwalt ein diesem unbekannter Herr und lieferte das kostbare Gemälde aus. Der Rechtsanwalt setzte sofort die Nationalgalerie in Kenntnis.

○ Eine Erhöhung der Berliner Zeitungspreise. Infolge der fortwährenden Markentwertung mußten in Berlin die Zeitungspreise von neuem erhöht werden. So beträgt beispielweise der Bezugspreis des Berliner Tagblattes für die Woche vom 21. bis 27. Oktober 2 Milliarden Mark, während es in der Woche vorher 500 Millionen Mark bezug.

○ Großfeuer in einer Revolverfabrik. In der Revolverfabrik der Firma Orenstein und Koppel in Rosenthal bei Potsdam brach ein großes Feuer aus. Die örtlichen Feuerwehrleute in der Fabrik boten dem Feuer immer größere Nahrung. Das Drehereigebäude ist vollständig niedergebrannt. Ein großer Verlust, der an der Fabrik keine Zeit ausgeschlagen hat, ist gerettet worden.

○ Blutige Ausschreitungen in Mannheim. In Mannheim ist es wieder zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen. Es wurden sieben Tote und sechzehn Verletzte festgestellt. Etwa 60 Personen wurden festgenommen. — Zu Unruhen und Plünderungen ist es auch in Plauen i. B., in der Umgebung der holzreichen Stadt Elmsdorf und in Gelsenkirchen gekommen. In Gelsenkirchen drangen Frauen der Werkangestellten in die Fabrikhallen des Mannesmannkonzerns ein und stürmten das Verwaltungsgebäude. Der Polizei gelang es schließlich, das Werk zu säubern.

○ Der Lithograph auf Abwegen. In Gustavsberg bei Mainz wurde eine Falschgeldscheinwerkstatt aufgedeckt. Ein früherer Lithograph batte sie betrieben und seine Erzeugnisse durch andere Personen in Umlauf bringen lassen. Hergestellt wurden solche Millionenscheine, von denen eine Anzahl im Werte von 60 Milliarden Mark beschlagnahmt werden sollte. Alle beteiligten Personen sind verhaftet.

○ Hilfe für die nördlichen deutschen Künstler und Schriftsteller. Die Wiener Börsenkammer hat der Hilfsaktion für deutsche Künstler und Schriftsteller 20 Millionen Kronen überwiesen. In der Wiener Staatsoper findet auf Veranlassung des österreichischen Unterrichtsministers Dr. Schröder am nächsten Sonntag zugunsten der deutschen Künstlerhilfe eine Aufführung der "Walküre" unter Mitwirkung von ersten Künstlern bei besonderen Preisen statt.

○ Ein Dreihundertmillionenkredit für die Berliner Gaswerke. Die Reichsbank hat den Berliner Gaswerken einen Kredit von 300 Millionen Mark erteilt. Die eine Hälfte davon wird in Papiermark gegeben werden, die andere wertbeständig. Dadurch wird die Gasversorgung Berlins für die nächste Zeit gesichert. Sie war auf höchst gesättigt, da die Gaswerke infolge des Kriegsangs erheblicher Beiträge für das durch die Bevölkerung verbrauchte Gas nicht mehr in der Lage waren, in ausreichendem Maße Kohlen zu bezahlen.

○ Dorfbrand. In dem Dorfe Wohmannsdorf bei Schönow (nahe bei Berlin) hat ein Großfeuer zahlreiche Gebäude, gesäßte Scheune und Viehställe vernichtet. Ein Teil des Viehbestandes konnte gerettet werden. Der Schaden ist außerordentlich groß.

○ Havari eines deutschen Kreuzers. Der auf der Untersee stationierte Vollkreuzer "Havanna" traf in Hamburg mit eingedrücktem Bug und Schaden an der Verschanzung ein. Der Kreuzer war zwischen Schulau und Lübeck mit einem Motorschoner in Kollision gekommen. Der Schoner hat seine Reise fortgesetzt.

○ Schwere Unfall beim Automobilrennen. Bei dem Straßenrennen des Hessischen Automobilclubs hat sich ein schwerer Unfall ereignet. Der Fahrer Häußer-Altmühlwald war an einer



Albrechtshain

Schäfer
für den
einschl. &
Streit

Nummer 1

Ermäh

Die Verhd
d. h. die in der
(Grundzahlen) de
Grimma, am 1

Q

Übernahme

Vom 1. N
von der Finanzminis
Das Büro ist
Gewerbestuer, in
pum des idäischen
Gehommen- und
inkommensteuer
Ratzebaue, an
sonne an Städte
d. h. d. d. Unter
nicht mehr an die
Entgegnahme
london an die P

Eine Aus
wohnenden Steuer
wöhnen Steuer

Auch bei d

borgebliebenen Jah
hinauswählen und b
koste kümmere nur
18 bei der Große
Nr. 16165 bei de
Erforderniss ist
Name und Wohn
jahr, Steuerbezie
licher und des So
deutlich lesbar mi
Grimma, am 2

Stad

Donnerstag,

Tagesordn

Der Reichs
nahme für das ge
angeordnet.

Zu der Pe
zu verordnen.

Spieldienst

m. den Inbal
Kle. 10. 1922
der Feier
und der Stadt Br
Jeder Sch
nungsabendvordru
ausgedruckten Anf
Ihr ausgeschüttet und

sp

an den Haushalt
Jeder Sch
teilweise zu Woh
lichen Zwecken v
Vertreter hat für
unterstrebenden T
haber an ihn zu s
Spullen und Unt
nochzuprüfen, etw
seitigen zu lösen
Hausgrundstücke i

sp

in den ließtigen S

Liebet zwe

Naunhol, am 2

Alef

Im Verla

General v. Löffel

liche Staatsregie

Der Reichs

dem Reiche in d

Durch einen

öffentlichen Geb

anderen rheinl

General v. L

ruf an die Pe

Um

Haben w
sche Reich
durch Ströme g
sam getragen
getötet war, a
unsere Väter e
neuem Kämpfe
verständlich zu

werden. Es geht das Gericht, daß man ihn habe verbrennen wollen, um ihn zu beerben. Später sandt man die Cheleule Dabelstein erdigt an einem Baume.

○ Das Ende einer Ehe. Der Klempner Hermann Fischer in Frankfurt a. M. ermordete seine vierzehnjährige Tochter und seinen neunjährigen Sohn durch Selbstmord. Der Täter ist lächig. Fischer lebte mit seiner Frau in Ueineinfamilie; dazu litten Nahrungsangestellte. Die Frau hatte die Scheidungsfrage angestrengt und erhielt die Kinder zugesprochen. Aus Angst hierüber verließ der Mann die grausame Tat.

○ Der Tod in Sušky. Der Trabrennfahrer Carlo Gassolini aus Wien ist bei den Trabrennen in Budapest gestorben. Im fünften Rennen des Tages stürzte Gassolini die Stute Alphisa. Knapp vor dem Ziel wurde er plötzlich vom Gehirnrasen getroffen und stürzte vom Pferd (Rennwagen für eine einzige Person) tot auf die Bahn.

○ Eine österreichische Flugversicherungsgesellschaft. Unter dem Namen „Austrian Flugverkehr A. G.“ hat sich eine Flugversicherungsgesellschaft gebildet, die den Flugbetrieb nach gründlicher Absicht aufzugeben beabsichtigt. Für die nächste Zeit sind in Aussicht genommen Post-, Post- und Passagierflüge auf den Straßen Wien-Graz-Klagenfurt, Wien-Triest und Wien-Benedig.

○ Befreiungsbewegung der deutschen Studenten in Prag. Die deutschösterreichische Studentenschaft in Prag hat vom Senat der Prager Universität die Maßregelung eines sozialdemokratischen Dozenen und den Widerruf der Ernennung eines jüdischen Universitätsprofessors gefordert. Der akademische Senat hat die Eingaben zurückgewiesen. Der Vorstand der deutschen Studentenschaft erklärte darauf am Schwarzen Brett der Universität, daß er nicht gewillt sei, mit dem Senat weiter zu verhandeln, und daß man den Vorlesungen der in Berlin tätigen Professoren nicht mehr beiwohnen werde.

Börse und Handel.

Der Dollar 12 Milliarden.

Wenn ein Optimist dann und wann hofft, endlich müsse doch dem laufenden Rad der Marktentwertung Einhalt getan werden, so wird er regelmäßig durch einen neuen Dollarprung enttäuscht. An der Berliner Brotbörsen erreichte der Dollar bei der amtlichen Notierung eine Höhe von 12 Milliarden. Als Ursache dieser katastrophalen Entwicklung werden der Konflikt in Sachsen, die Lebensmittelunruhen und die schwierigen außenpolitischen Verhältnisse angeführt. Ein innerer Streit an der Börse, der zeitweilig zum Streit der Massen führte, verzögerte den Geschäftsgang. Anlässlich eines höheren Brotlieferungsvisits will der Börsenvorstand die Massen für die von ihnen vermittelten Spekulationsgeschäfte verantwortlich machen. — Dollarschätzungen stellten sich zum Börsenschluß auf 12,50—12,75 Milliarden Mark und Goldanleihe auf 11,50 zu 11,75 Millionen Mark.

So kostet nun Was kosten fremde Werte? Es kostet Mark

Währungsstücke	19. 10.		18. 10.	
	gekauft	angeb.	gekauft	angeb.
Holland 1 Gul.	4 668 500	4 691 700	3 198 980	8 215 020
Dänemark 1 Kr.	2 088 770	2 097 230	1 432 410	1 439 590
Schweden 1 Kr.	8 136 140	3 151 160	2 154 600	2 165 400
Norwegen 1 Kr.	1 845 876	1 854 625	1 264 830	1 271 170
Amerika Doll.	11 970 000	12 030 000	8 139 000	8 180 400
England 1 Pf.	53 885 000	54 135 000	36 907 500	37 092 600
Schweiz 1 Kr.	2 134 650	2 145 350	1 464 330	1 471 670
Frankreich 1 Fr.	712 215	715 785	490 770	493 230
Belgien 1 Fr.	614 460	617 540	423 940	425 000
Italien 1 Lira	538 650	541 350	371 070	372 930
Österreich 1 Kr.	855 509	857 291	243 390	244 610
Öster. 1000 Kr.	167 580	168 420	115 710	116 290
Ungarn 1000 Kr.	648 325	671 875	448 875	451 125

* Nachdrücklich Dollar 11 Milliarden.

Eine Goldmark = 2 884 285 714 Papiermark, demnach 1 Milliarde Papiermark etwa 85 Goldpfennige.

* Produktionsmarkt. Berlin, 19. Oktober. Amtlich festgestellte Preise an der Produktionsbörse pro 50 Kilogramm ab Station. (Preise in Millionen Mark): Weizen, märkischer 21.000 bis 22.500. Erzeugt. Roggen märkischer 19.500—20.500, west-

preußischer 19.500. Erzeugt. Hafer, märkischer 15.000—16.000. Erzeugt. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inst. Sack (jeinst. Marken über Roiss) 60.000—69.000. Erzeugt. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin brutto inst. Sack 59.000—62.000. Erzeugt. Weizenkleie frei Berlin 7500—8500. Erzeugt. Roggenkleie frei Berlin 7500—8500. Erzeugt. Vollrostkerne 35.000. fl. Speiserohrn 30.000. Tortmelasse 30.70 4000 bis 4500.

* Kartoffelnotierungen. Berlin, 19. Oktober. (Amtlich) pro 50 Kilogramm: Erzeugerpreis ab märkischen Goldwähnungsstationen (in Millionen Mark): Speiselkartoffeln, weiße und rote 4 Milliarden.

* Keine besondere Feststellung des Goldgeldausgleichs mehr. Von 24. Oktober ab gilt der Goldausgleichsatz für Reichsdeutsche auch für die Zahlung der Röde. Eine besondere Feststellung des Goldgeldausgleichs findet daher nicht mehr statt. Die Höhe des Goldausgleichssatzes richtet sich vom 24. Oktober ab nach dem Dollar kurs des vorherigen vorberichtigten Tages, an dem zuletzt eine amtliche Notierung des Dollar kurzes in Berlin stattgefunden hat.

* Kleinverkaufspreise für Haushalt in Berlin über Dollarland. Von 19. Oktober ab kosten: Brülets ab Lager 227, frei Keller 3077 Millionen je Zentner. Gasfloss 6229 bzw. 6461 Millionen. Bei fuhrzeugechter Lieferung: Brülets 2277 bzw. 3055, Sacks 6229 bzw. 6439 Millionen.

* Russisches Getreide nach England. Der Großhändler verband in Manchester teilt mit, daß er mit anderen Firmen einen Kontakt abgeschlossen habe zur Einfuhr großer Vorräte von Getreide aus Russland. Die russische Getreideaufzehrungsellschaft hat während der letzten zwei Monate 26 Millionen Ruble Getreide an das Ausland verkauft.

* Englisches Getreide nach England. Der Großhändler verband in Manchester teilt mit, daß er mit anderen Firmen einen Kontakt abgeschlossen habe zur Einfuhr großer Vorräte von Getreide aus Russland. Die russische Getreideaufzehrungsellschaft hat während der letzten zwei Monate 26 Millionen Ruble Getreide an das Ausland verkauft.

* Kleinverkaufspreise für Haushalt in Berlin über Dollarland. Von 19. Oktober ab kosten: Brülets ab Lager 227, frei Keller 3077 Millionen je Zentner. Gasfloss 6229 bzw. 6461 Millionen. Bei fuhrzeugechter Lieferung: Brülets 2277 bzw. 3055, Sacks 6229 bzw. 6439 Millionen.

* Russisches Getreide nach England. Der Großhändler verband in Manchester teilt mit, daß er mit anderen Firmen einen Kontakt abgeschlossen habe zur Einfuhr großer Vorräte von Getreide aus Russland. Die russische Getreideaufzehrungsellschaft hat während der letzten zwei Monate 26 Millionen Ruble Getreide an das Ausland verkauft.

* Feierlichkeiten im Ruhrzuckerbergbau. Am Donnerstag wird auf den Feldern des betreuten Gebietes, soweit sie nicht für Italien liefern, die zweite Feierlichkeit eingelebt.

Bom Lebensmittelmarkt.

* Das Brot in Berlin eine Milliarde. Die Preisprüfungsstelle teilt mit: Im Einvernehmen mit dem „Zweckverband der Bäder“ wird der Preis für ein Brot mit Wirkung vom 20. Oktober auf eine Milliarde Mark, der Preis für eine Schuppe auf 30 Millionen festgesetzt.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Lohnregelung im Koblenzbergbau u.) Für die Lohnwoche vom 15. bis 22. Oktober wurden die Löhne in den Koblenzbergbaubezirken, ausgenommen Mitteldeutschland und Bayern, durch einen Durchschnittsabkommen festgelegt. Danach beträgt der Durchschnittslohn einschließlich des Haushalts- und Kindergeldes im Ruhrzuckerbergbau 5 624 640 000 Mark, im obersächsischen Steinkohlenbergbau 3 650 000 000 Mark und im sächsischen Steinkohlenbergbau 3 400 000 000 Mark je Schicht.

Berlin. Gehälter für Reichsbeamte und -arbeiter. (Reichsfinanzministerium) Im Reichsfinanzministerium haben Verhandlungen mit den Spitzenverbänden der Beamten, Angestellten und Arbeiter stattgefunden. Die Lohnregelung für die Arbeiter soll in der dritten Oktoberwoche endgültig eine Million, die Gehaltszahl für die Beamtengehälter im dritten Oktoberquartal 150 000 betragen.

Berlin. (Die Gehaltserregelung im Banken- und Handels- und Gewerbebereich) Wie mitgeteilt wird, ist in der Beratung der Betriebskommission der Gehaltsmultiplikator für die laufende Woche auf 231 festgestellt worden. Hierbei saß der Vertreter des

Gesetzgebungs- und Arbeitsausschusses, die Mutter des ehemaligen Reichsministers, gegen den völkischen Schriftsteller Hauptmann a. D. Müller v. Hausem angestrengt hatte. Da seiner Broschüre „Die Weisen von Zion“ hatte Müller v. Hausem behauptet, daß er am Aries des Rathenaubaus angebrachte Kopie abgedrehten gekrönte Häupter darstellen. Daraufhin hatte Frau Rathenau wegen Beleidigung ihres verstorbenen Mannes gegen Müller v. Hausem Klage eingereicht. In dem letzten Termin hatte v. Hausem sich wegen seiner Bekämpfung schriftlich bei Frau Rathenau entschuldigt, und es sollte daran ein Vergleich abgeschlossen werden. Jetzt hat Müller v. Hausem die Entschuldigung jedoch zurückgezogen, und so wird die Klage in den nächsten Tagen vor dem Reichsgericht Berlin verhandelt werden.

* Böhme für einen nationalsozialistischen Überfall. Im Januar dieses Jahres wurde in Münchens Kommerzialrat Dr. F. Böhme, der stellvertretende Vorsitzende der Münchener Handelskammer, von jungen Nationalsozialisten auf der Straße überfallen und mißhandelt. Wegen dieses Überfalls verurteilte das Münchener Amtsgericht jetzt fünf Beteiligte zu Gefängnisstrafen von einem Tage bis zu einem Monat.

Reichsverbandes der Bankleistungen bekannt, daß die Kündigungen des Gehaltabschlusses vom 20. September beschlossen worden sei. Wie dieser weiter mitgeteilt wird, soll diese Kündigung zum 3. November ausgetragen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt war das Abkommen zunächst begrenzt worden.

Magdeburg. (Vorbereitung in der Kaliindustrie) Der Arbeitgeberverband der Kaliindustrie hat beschlossen, den Schiedsgericht, nach dem eine Schiedsgerichtsordnung 210 % vorgesehen ist, zu erfüllen. In der Frage der Feierlichkeiten wird festgestellt, daß in den letzten drei Wochen rund 120 000 Feierlichkeiten eingelebt werden müssen.

Witten. (Generalstreikgefahr in Polen) Der Generalausschuß der Gewerkschaften in Polen hat beschlossen, von der Regierung die Garantierung der Leistungszuschläge und Lohnzuwendungen für die Arbeiter der Industrie und bei den Staatsbahnen zu fordern. Die Tarife sollen allmählich neu festgestellt werden, für die Unterstützung dieser Forderung wird ein Generalstreik in ganz Polen vorbereitet.

Aus der Märthrerstube.

Seit langen Monaten führen Tausende Deutscher in französischer Untersuchungshaft, in Justizhäusern, Gefängnissen oder in legendärer Weise untergebrachten Gefangen. Nicht als politische Gefangene, deren früher in Deutschland übliche Festungshaft eine Sanatorium oder ein Sanatorium war im Vergleich zur französischen Strafvollstreckung im Weltkrieg, sondern als „Verbrecher“. Man denkt zu wenig an sie und ihre Leiden, registriert kaum die neuen Opfer, die täglich von der Arbeit weg verhaftet werden und man vergisst, daß sie immerfort leiden, während den andern Deutschen der Weltkrieg nur sie und da zum Bewußtsein kommt. Immerfort. Durch den Straßlängenzug werden sie Tag und Nacht an ihre „Strafe“ erinnert, durch ihre Bestrafung als Elitettentleb wird ihnen eingehämmert, wie groß der Unterschied ist zwischen ihrer früheren und seßhaften Stellung und ihrer Ernährung, die sie vor dem Verhungern, aber nicht vor dem Hunger schützt, zieht an ihnen. Der tägliche „Spaziergang“ muß allein und schwelend zurückgelegt werden in Gängen, die von hohen Mauern umschlossen sind und in denen jeder für sich allein gehen muß, ohne den andern je zu sehen. Für Kranken wird kaum gesorgt, denn in einzelnen französischen Gefangenenseen erhält derjenige, der sich krank meldet, vorerst vier (4) Tage lang überhaupt nichts zu essen. Wer nicht an den Kampf der Deutschen an Rhein und Ruhr denken mag, sollte sich einen, nur einen Tag lang in das Schicksal dieser Kämpfer vertiefen oder es selbst durchmachen müssen.

* Der Studenten als Bischöfe. Vor einer Berliner Studientagung hat sich der Berliner Studientag